



**Kritik an
Claudia Roth**

(Seite 2)

**Tschechien: Kein
Verständnis für EU**

(Seite 3)

**Zusammenspiel von
Albright und Havel**

(Seite 5)

Neue Regierung in Prag - aber die alten Probleme bleiben

Der neue Prager Regierungschef **Petr Fiala** von den Bürgerdemokraten sagte es in seiner **Neujahrsansprache** ohne Umschweife: Das Jahr 2022 werde eines der **kompliziertesten und schwersten** für die **Tschechische Republik** seit ihrer Gründung vor **29** Jahren sein. Fiala zählte die **drei großen Probleme** auf, mit denen sich sein Land **auseinanderzusetzen habe: Inflation, Anstieg der Energiepreise und Corona-Krise.** Und der Premier stimmte die Bürger darauf ein, dass die Bewältigung dieser Aufgaben lange dauern werde. Zugleich warnte er vor Populisten in der Politik, die einfache Lösungen versprechen. Die **tschechische EU-Ratspräsidentschaft** in der zweiten Jahreshälfte betrachtet Fiala als eine Möglichkeit, **Dinge durchzusetzen**, die das Land **zum Leben brauche.** Über allem schwebt allerdings Corona. **Das Virus ist der Sturm, der an den Grundfesten des Gemeinwesens rüttelt:** in **Tschechien** wie in **Deutschland** und bei den **jeweiligen Nachbarn.** Und dann ist da

noch der Konflikt zwischen **Russland** und der **Ukraine** – eine aktuelle **Bedrohung des Friedens** sondergleichen. Sudetendeutsche interessiert vor allem: Wie wird die **erste Prager Regierung**, die nicht mehr **auf die Duldung durch die Kommunisten angewiesen ist**, sich in ihrer Haltung gegenüber den Vertriebenen positionieren? Diese Frage treibt viele Landsleute um. Fiala und seine Minister haben sich bislang mit Absichtserklärungen zurückgehalten; das Problem steht, das darf man vermuten, **nicht an prominenter Stelle ihrer Agenda.** Aber sie werden **wie ihre Vorgänger nicht um eine Stellungnahme herumkommen.** Es geht nach wie vor um eine **unmissverständliche Distanzierung** ohne Wenn und Aber von den Beneš-Dekreten. Auf dem Sudetendeutschen Tag 2010 in Augsburg hat SL-Sprecher **Bernd Posselt** die Dekrete als „Virus“ bezeichnet, der „selbstverständlich irgendwann“ verschwinden müsse. Posselt sprach damals von einem „absoluten Unrecht“, das die

Atmosphäre vergifte: „Wir haben es in der Auseinandersetzung mit dem Lissabon-Vertrag gesehen. Da waren es ja nicht wir, die das Gespenst der Dekrete plötzlich herausgezogen haben, sondern das waren gewisse Herren, die den Lissabon-Vertrag verhindern wollten. Daran sieht man: Selbst wenn wir die Beneš-Dekrete gar nicht thematisieren würden - wir tun das natürlich – aber selbst wenn wir das nicht täten, die kämen immer wieder heraus und zwar **im falschesten Moment.** Und deshalb ist es wichtig, diese Sache zu entgiften.“ Die Entgiftung ist bis heute ausgeblieben. Das belastet die sudetendeutsch-tschechischen Beziehungen. Wahr ist aber auch, dass seitens vieler Politiker, auch der **SL in München**, das Thema politisch zurückgefahren wurde, es taucht zwölf Jahre nach dem ST in Augsburg nur noch feindosiert in manchen Reden zum Tag der Heimat auf. **Hier ist Klarheit gefragt – und Ehrlichkeit. Auf beiden Seiten. Möglichst bald.** (Siehe auch Seite 2)

DAS BILD DER HEIMAT



Mäander am Oberlauf der Oder / Odra in der historischen Landschaft Kuhländchen. Foto: Zbyněk Sovík, mit Dank an Radim Jarošek von der Zeitschrift „Poodri“ und Dr. Wolfgang Bruder (Kuhländchen)

Klartext

Das Feindbild aus alter Zeit Von Gernot Facius

Die Nachricht lässt aufhorchen. Die neue Regierung in Prag hat sich einiges vorgenommen: Sie will „**ausgestorbene**“ **Rechtsnormen** - Gesetze, Verordnungen und Erlasse - der vergangenen 100 Jahre aus dem **Gesetzbuch löschen.** Das könnte bei oberflächlicher Betrachtung zu der Annahme verleiten, nun würden endlich auch die Beneš-Dekrete auf dem **Müllhaufen der Geschichte** entsorgt. Doch die Hoffnung trügt. Noch immer stützt man sich in Prag auf das Argument: Die Dekrete seien ja längst „erloschen“, folglich gebe es nichts zu entrümpeln. Was freilich dabei ausgeblendet wird: Auf die berüchtigte Hinterlassenschaft des Nachkriegspräsidenten wird immer wieder politisch (und auch rechtlich) rekurriert, sobald es um die **tschechischen „nationalen Interessen“** geht. Und das ist auch in dieser Causa der Fall. Die Dekrete sind in der **Rechtsordnung festgeschrieben.** Die „Sudetenkarte“, so **Lída Rakušanová**, Kommentatorin beim Tschechischen Rundfunk, werde bis heute von **Miloš Zeman** gehalten. Er hat seinen Konkurrenten bei der Präsidentschaftswahl im Jahre 2013, **Karl Fürst Schwarzenberg**, als **Sprecher der Sudetendeutschen** bezeichnet, der die Nachkriegsverhältnisse in Frage stelle. Einer seiner ursprünglichen Einwände gegen die Ernennung von **Jan Lipavský** zum Außenminister lautete, der Politiker von der Piraten-Partei habe öffentlich vorgeschlagen, „die **Sudetendeutschen Tage in der Tschechischen Republik abzuhalten**“. Von „Vorschlag“ konnte allerdings nicht die Rede sein, der heutige Minister hatte **lediglich Verständnis** für die – gar nicht so neue - Idee eines Pfingsttreffens auf böhmischem oder mährischem Boden bekundet. Doch auf solche sprachlichen Feinheiten legt man in **bestimmten Prager Kreisen** keinen Wert. Und man ignorierte auch, was der **Egerländer Johann Böhm**, ehemals Präsident des Bayerischen Landtags, bereits vor Jahren zu Protokoll gegeben hatte: Die **Aufhebung der Beneš-Dekrete würde keine materiellen Folgen** haben. Aber sie würde „die Wunden auf den Seelen derer heilen, die die Vertreibung erlebt haben, und sie könnte der Tschechischen Republik helfen, die Blockade zu überwinden und die Vergangenheit zu bewältigen“. Bislang wurde an dieser Blockade nicht gerüttelt. Die Regierung von **Petr Fiala**, kommentierte **Lída Rakušanová**, habe jetzt eine **ausgezeichnete Gelegenheit**, dies zu korrigieren und die Nachkriegsdekrete im Rahmen der Entrümpelung des Gesetzbuches auf elegante Weise zu beseitigen: „Denn sie sind jetzt nichts anders als unser eigenes innerstaatliches Feindbild, das wir aus den Tagen des Kommunismus geerbt haben.“ Eine präzise Beschreibung der Lage. Wird sie in den Regierungskanzleien an der Moldau auch ankommen? ■

Der neue Premier in Prag und die Last der Vergangenheit

Der neue Prager Regierungschef **Petr Fiala** hat in seiner Neujahrsansprache ein ehrgeiziges Ziel formuliert: „Die Tschechische Republik hat den Anspruch, zu **den fortschrittlichsten Ländern der Welt** zu gehören. Und ich weiß, dass wir dieses Ziel erreichen.“ Eine starke Aussage. Doch was bedeutet sie? Wie wird hier Fortschritt definiert? Nur **ökonomisch** oder auch **moralisch**? Ein fortschrittliches Land scheut keine Mühe, sich von **geschichtlichen und politischen Altlasten zu trennen**, die immer wieder die Bemühungen um ein ehrliches Miteinander in Europa erschweren. Fiala hat kein Wort über die **ungelöste sudetendeutsche Frage** verloren. Das kann man ihm in der ak-

tuellen, von Corona- und Wirtschaftsproblemen geprägten Situation noch nachsehen. Aber auch er wird um ein klares Wort nicht herumkommen. In seiner Neujahrsbotschaft fand sich der schöne Satz: „Ich bin fest davon überzeugt, dass alle Probleme – **auch die großen** – letztlich durch Zusammenarbeit gelöst werden können.“ Das setzt allerdings den Willen und die Bereitschaft voraus, auch heiklen Fragen, die aus der Vergangenheit herrühren, wie etwa die Problematik der Beneš-Dekrete, nicht länger auszuweichen. Genau daran fehlte es bisher. **Vor 25 Jahren**, am 21. Jänner 1997, wurde im Prager Palais Liechtenstein von **Helmut Kohl** und **Václav Klaus** die **Deutsch-Tsche-**



Ministerpräsident Petr Fiala.

Foto: David Sedlecký CC BY-SA 4.0

chische Erklärung unterzeichnet, die heute gern als „Meilenstein“ zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen betrachtet wird. Für die sudetendeutsche Volksgruppe ist ihr politischer Ertrag – leider – mager. Zwar kam ein **freundlicherer Ton** in die Debatte, die Deklaration hat auch der Tschechischen Republik den **Weg in die EU geebnet**, aber unterschiedlich auszulegende Formulierungen haben auf Vertriebenenseite eher das **Misstrauen** gegen die „Versöhnungserklärung“ **verstärkt**. Man muss nur an das Manifest der Bundesversammlung der SL erinnern, in dem vor einem Vierteljahrhundert eine Verletzung des **Rechts- und Geschichtsempfindens** der Landsleute beklagt wurde: „In ihrer tiefen Enttäuschung hat sich bei sehr vielen Sudetendeutschen der Eindruck festgesetzt, dass sie

von den **politischen Führungskräften** in der Bundesrepublik **im Stich gelassen** werden.“ Die Deklaration ist kein Abkommen von völkerrechtlicher Qualität, aber sie wurde im Lauf der Jahre von Prag zu einem „**Schlussstrich**“-**Dokument** umgedeutet. Die Erklärung sei eigentlich ein Vertrag der Tschechen und Deutschen **auf Kosten** der sudetendeutschen **Vertriebenen**, „eine Vereinbarung zwischen Prag und Berlin, wie man das sudetendeutsche Problem umgehen kann, damit es nichts kostet“, bemerkte damals ein Kommentator der Zeitung „Lidové noviny“. Die SL in München hatte in der Folgezeit bedauerlicherweise nicht mehr die Kraft oder den Willen, sich gegen die **einseitige Interpretation** durch die tschechische Seite aufzulehnen, die sie anfangs noch so mutig angeprangert hatte. Und die „Schlussstrich“-Politiker an der Moldau setzen auf das **allmähliche Verschwinden** der sudetendeutschen „**Erlebniscgeneration**“. Ob sie sich da nicht täuschen? Die Geschichte hält genügend Beispiele parat, wie **rechtlich und historisch ignorierte Probleme** zwischen Staaten und Bevölkerungsgruppen die **Gegenwart und die Zukunft belasten**. Die Tschechische Republik übernimmt in der zweiten Jahreshälfte von Frankreich die **Ratspräsidentschaft** der Europäischen Union. Das wäre für eine Prager Nach-Wende-Regierung, die nicht mehr auf die Kommunisten Rücksicht zu nehmen braucht, ein **geeigneter Zeitpunkt**, auch in der sudetendeutschen Frage vor der Öffentlichkeit **Farbe zu bekennen**. Und das wäre nicht zuletzt eine glaubwürdige Einlösung des Fortschritts-Versprechens in der Neujahrsansprache des neuen Premiers.

Politik gegen Vertriebene

Bei dieser Berliner Personalie wird so mancher Heimatvertriebene mit seiner Skepsis nicht hinterm Berg halten: Die **Grüne Claudia Roth**, die in der Vergangenheit mit **heftigen Ausfällen** gegen den **BdV** von sich reden machte, ist die **Kulturstaatsministerin** im Kabinett von **Olaf Scholz** (SPD). In dieser Funktion wird sie auch auf die **Bun-**

desstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung Einfluss nehmen können, die in der **deutschen Hauptstadt** mit einer **Dauerausstellung** präsent ist. Von der ehemaligen Managerin der linken Rock-Band „Ton, Steine, Scherben“ ist nicht bekannt, dass sie mit **besonderen Sympathien** für eine **sachgerechte Darstellung der Vertreibung** hervorgetreten ist. Im Gegenteil, sie hat sich an politischen **Querschüssen** auch **gegen die Landsmannschaften** beteiligt. Von **CSU-Seite** wurde ihr schon vor Jahren vorgeworfen, Politik gegen die Vertriebenen zu machen. „In öffentlichen Auftritten und Interviews positioniert sich Roth gegen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus und für **Diversität, Weltoffenheit, Geschlechtergerechtigkeit** und die **Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit**“, beschrieb die „Frankfurter Allgemeine“ die Aktivitäten der neuen Staatsministerin. „Dabei bleiben ihre Aussagen zu konkreten Themen meistens vage.“ Roth ist in ihrer neuen Funktion **Nachfolgerin** der **CDU-Politikerin Monika Grütters**.



Umstrittene Claudia Roth.

Foto: Olaf Kosinsky CC BY-SA 3.0 de

Das aktuelle Zitat

„Europa wurde nach und nach zum fast außerweltlichen Sehnsuchtsort des ewigen Friedens und der Erlösung von jedem Unheil stilisiert. Als Heilsort ist es mittlerweile sakralisiert. Wer an der EU zweifelt, erweist sich als Ungläubiger und damit als unmoralisch und wertverwahrlost.“

Der Historiker und Publizist Eberhard Straub in der Berliner Wochenzeitung „Jungen Freiheit“ (3/22)

Aus der Redaktion

Ein grauer Tag im Jänner

Von Gernot Facius

Es gibt Tage, an die erinnert man sich als Journalist nur mit gemischten Gefühlen. Der **21. Jänner 1997**, ein Dienstag, war so ein Datum. Über Prag lag der übliche Winter-Smog, als aus Bonn das Flugzeug des deutschen Bundeskanzlers landete. Im **Liechtenstein-Palais** setzten kurz nach 16 Uhr **Helmut Kohl** und **Václav Klaus** ihre Unterschrift unter die unter Qualen zustande gekommene **Deutsch-Tschechische Erklärung**. In den **Zentralen von CDU und CSU** stapelten sich zu dieser Zeit **Protestbriefe von Sudetendeutschen**, die es nicht hinnehmen wollten, dass „über ihren Kopf“ hinweg entschieden wird“. Kohl suchte der überbordenden Kritik die Spitze zu nehmen. Die **Deklaration** sei kein „**Schlussstrich**“, sondern allenfalls eine „Zwischenstation“. Heute, **25 Jahre später**, hat sich Prag mit seiner **Schlussstrich-These** weitgehend **durchgesetzt**. Selbst SL-Sprecher **Bernd Posselt** sieht die Erklärung positiv, obwohl sie, wie er eingestand, „**an uns vorbeiverhandelt wurde**“. Damals, so sagte er vor fünf Jahren, habe man sich nicht mit einbezogen gefühlt: „Jetzt sind wir es aber.“ Gemeint ist die **Mitarbeit von Sudetendeutschen** im Verwaltungsrat des **Zukunftsfonds** und im Beirat des **Gesprächsforums**. Das sind gewiss Fortschritte. Sie heben allerdings Artikel 4 der Deklaration nicht auf, in der es heißt: „Beide Seiten erklären, dass sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden.“ Das hielt **Václav Havel** für „einen großen Erfolg unserer Diplo-

matie“. Damit waren die **Vertriebenen, die auf eine wie immer geartete Vermögensrestitution hofften**, an die Kette gelegt. Aber das **Thema Vergangenheit** war nicht beendet; das sahen auch die seinerzeit handelnden Politiker ein. Es sei an die **gesellschaftliche Debatte weitergeleitet** worden, gestützt auf die **Deutsch-tschechische Historikerkommission** und neu gegründete Institutionen wie den **Zukunftsfonds** und das **Diskussionsforum**, bemerkte der Politologe **Vladimir Handl** vom Prager Institut für Auslandsbeziehungen: „Dort bemühte man sich, die Diskussion weiterzuführen und zu kultivieren.“ In anderen Worten: Die **Politiker drückten sich vor einer Entscheidung**. Sie delegierten die offenen Probleme an „Dialog“-Gremien, von denen allenfalls gemeinsame, auf dem kleinsten Nenner fußende Grundsatzklärungen zu erwarten sind. „**Ausklammern**“ **schwieriger Themen** ist, wie man weiß, eine **beliebte Methode der Diplomatie**. Das Vergangene aber der Geschichte zu überlassen, es Historiker-Gremien zu übergeben, gleicht einer **Flucht vor der politischen Verantwortung**. Verschwiegendes oder relativiertes Unrecht kann sich verheerend auswirken, die europäische Geschichte kennt dafür Beispiele zur Genüge. Ein Vierteljahrhundert nach der Deklaration von 1997 sollte man nicht so tun, als sei **Václav Havels mutige Forderung „In der Wahrheit leben!**“ schon erfüllt. Es ist wie überall im Leben: Mit der halben Wahrheit schafft man nicht die Basis für Vertrauen.

Tschechisches Unverständnis für die EU Bürger fühlen sich eher bevormundet als integriert

Tschechien und die EU: Auch nach **17 Jahren ein kompliziertes Verhältnis**. Die Bevölkerung, hat das Prager Meinungsforschungsinstitut **Stern herausgefunden**, fühle sich **eher bevormundet als integriert**: „Die EU wird als **etwas Kompliziertes wahrgenommen**, als etwas **Entferntes und Abstraktes**. Und hiesige Meinungsmacher verstärken mit ihren Medienauftritten oft noch die Vorstellung von der EU als **einer Übermacht**, die unserem Land etwas vorschreibt und ständig wilde Ideen hat.“ Stern-Chef **Martin Buchtik** hat im Dezember 2021 die Teilnehmer einer „Konferenz zur Zukunft Europas“ mit diesen Erkenntnissen konfrontiert. Und er ist nicht allein mit seiner Meinung. Auch **Alice Krutilová**, die mit der Vorbereitung der **tschechischen EU-Ratspräsidentschaft betraut ist**, bestätigt die Informationslücken: „Im Kontakt mit verschiedenen Akteuren stößt unser Kollegenteam oft darauf, dass auch Menschen mit Hochschulbildung und einem guten Überblick über das aktuelle Geschehen ganz einfach den Europäischen Rat **mit dem Europarat verwechseln**“, sagte sie in einer Sendung von **Radio Prag**. „Oft wird da kein Unterschied gemacht. Das erschwert die Kommunikation. Denn zwei solch wichtige internationale Einrichtungen zu verwechseln, ist ganz schön gewagt.“ Das Unverständnis für die EU ziehe sich durch alle Alters-



gruppen der Bevölkerung“, beklagt der Meinungsforscher Buchtik. **Jüngere Tschechen** hätten aber eher eine **pro-europäische Haltung als ältere**. Allerdings, so hat **Jana Soukupová** von der Jugendinitiative „Youth, Speak Up“ herausgefunden, kommt der Kommunikationsstil der EU-Institutionen „einfach nicht gut an“. Ob das „**Jahr der Jugend**“ **2022** einen grundlegenden Wandel herbeiführen kann, wird bezweifelt. „Das Bildungssystem in Tschechien ist leider nicht robust genug, **um die Schüler zu guten EU-Bürgern zu erziehen**“, meint Alice Krutilová. Deshalb setzt man auf das Engagement von Influencern und Youtubern sowie auf die **Aktivierung** bislang ungenutzten Potentials **für die Öffentlichkeitsarbeit**.

Und auf **Petr Fiala**, den neuen Premierminister. Fiala hat ein 1000-seitiges **Lehrbuch** über europäische Integration

und europäisches Recht geschrieben. Krutilová: „Ich wäre sehr froh, wenn er seine umfassenden akademischen Kenntnisse nutzt für die öffentliche Kommunikation, die ihm offensichtlich liegt. Wenn also die nun angetretenen Politiker sich der Größe und Bedeutung dieser Aufgabe bewußt werden und sich ihr mit der nötigen Zeit widmen, dann kann sich dies auf die öffentliche Wahrnehmung auswirken.“ Es besteht also, deutet man die Statements richtig, ein **gravierendes Kommunikationsproblem**. Martin Buchtik kommt deshalb zu dem Schluss: „Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen müssen ihrer jeweiligen Sprache verschiedene Informationen zukommen. Das ist schwierig. Werbung für einen Schokoriegel zu machen, der immer gleich schmeckt, ist viel einfacher als für etwas so **Komplexes wie die EU**.“

Er vermisste den „europäischen Traum“

Zum Tod von Monsignore Anton Otte

Mit ihm zu plaudern war immer ein Gewinn. Er war Propst der St. Peter-und-Paulskirche auf der Prager Hochburg, dem Vyšehrad, ein **unermüdlicher Prediger der Deutsch-Tschechischen Verständigung, Repräsentant der Ackermann-Gemeinde an der Moldau**, aber für viele seiner Landsleute, die ihm auf Sudetendeutschen Tagen begegneten, blieb der talentierte „Netzwerker“ mit seinem trockenen Humor schlicht der „Toni“: Monsignore Anton Otte, am **15. August 1939** im westschlesischen **Weidenau / Vidnava (Bezirk Freiwaldau)** geboren, ist am **29. Dezember 2021** nach **kurzer Krankheit** im Alter von **82 Jahren gestorben**. Otte verbrachte seine Kindheit und frühe Jugend in Tschechien. Erst als **20-Jähriger reiste er in die Bundesrepublik aus**, an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in **Königstein (Taurus)** studierte er und wirkte danach als **Gefängnis-seelsorger in Oberfranken**. Seine Vita und **Zweisprachigkeit** prädestinierten ihn geradezu für seine **spätere Berufung (1991) nach Prag**. Er vernetzte die **sudetendeutschen Katholiken mit wichtigen Persönlichkeiten der Kirche in Tschechien**. Dass Otte sich, auch gegen heftige Widerstände, für die



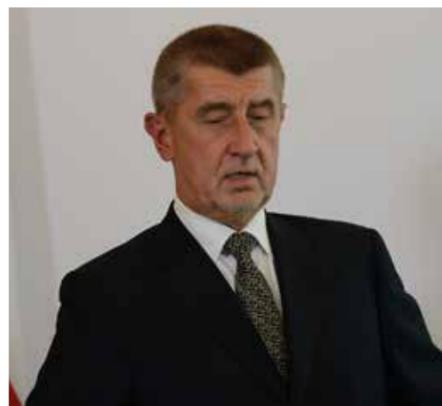
Deutsch-Tschechische Erklärung vom Jänner 1997 einsetzte, **gefiel nicht jedem in seinem Umkreis**. Aber er zeigte stets Verständnis für abweichende Meinungen. In seinem zusammen mit dem Journalisten **Josef Beránek** verfassten Buch „Fernes Europa?“ erzählte Otte, **dessen Vater in der Tschechoslowakei hingerichtet wurde**, über seine Weidenauer Zeit. Und er legte offen, was er in der politischen Debatte vermisste: einen „europäischen Traum“. Europa müsste **emotional** viel näher an den Menschen sein. Er schrieb, von manchen Leuten in Tschechien sei er als „deutsches Schwein“ bezeichnet worden. Dennoch empfand er keinen Hass auf „die Tschechen“. Er verstand sich als „Brückenbauer“. Zu tschechischen Priestern und Nonnen hatte er sehr gute Beziehungen. Er fand zu **Vordenkern einer Verständigungspolitik** genauso einen **guten Draht** wie zu Beamten im **Prager Außenministerium**; in schwierigen Situationen suchten diese Experten seinen Rat. **1996** wurde Otte mit dem **Masaryk-Orden** ausgezeich-

net. Seine Geburtsstadt Weidenau verlieh ihm die **Ehrenbürgerschaft**. „Sein Leben in und für die Ackermann-Gemeinde bleibt mir Vorbild für die Versöhnung zwischen Deutschland und Tschechien“, schrieb **Martin Kastler**, der Bundesvorsitzende der **Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Katholiken**. (fac)

Foto: Wikimedia

Neue Spekulationen um Ex-Premier Babiš

Um den abgewählten tschechischen Premierminister Andrej Babiš von der Partei Ano ranken sich Spekulationen über den Versuch eines **politischen Comebacks**. Sie entzündeten sich am



„Zu jedem Unrecht sofort Nein sagen“

Einer ihrer typischen Sätze lautete: „Es gibt Menschen, die Briefmarken sammeln. Ich sammle Freunde!“ **Trude Simonsohn**, am 25. März 1921 im mährischen **Olmütz / Olomouc** in einem liberalen jüdischen Elternhaus geboren, ist am **6. Jänner** in Frankfurt am Main im Alter von **100 Jahren** gestorben. Im **Ghetto Theresienstadt** hatte sie ihren Mann geheiratet, unmittelbar bevor sie nach Auschwitz deportiert wurden. „Zu jedem Unrecht sofort Nein sagen“, war der Leitsatz ihrer Rede, die sie 2018 in der **Bildungsstätte Anne Frank** hielt; einer Einrichtung, die sie **mitgegründet** hatte. In den zahllosen Zeitzeugengesprächen mit jungen Menschen richtete Trude Simonsohn den Blick auf die Zukunft: „Nein, die junge Generation hat keine Schuld, aber sie trägt Verantwortung.“

Immer weniger Kirchenmitglieder

Der Trend ist nicht neu, aber er verstetigt sich: In Tschechien mit seinen 10,7 Millionen Einwohnern (2020) bekennen sich immer weniger Menschen zu einer Kirche oder einer Religionsgemeinschaft. Hingegen nimmt die Zahl der Nicht-Gläubigen beziehungsweise der Personen, die sich **keiner konkreten Glaubensgemeinschaft zuordnen**, zu. Das staatliche Statistikamt stellte am 13. Jänner die Erkenntnisse aus der Volkszählung des Jahres 2021 vor. Die Daten belegen, dass die römisch-katholische Kirche in den vergangenen zehn Jahren etwa **ein Drittel ihrer Mitglieder (340.000) verloren hat**. Bei den anderen christlichen Glaubensgemeinschaften sei die Situation ähnlich, hieß es auf der Pressekonferenz der Statistiker in Prag. Nach dem Ergebnis der Volkszählung, die vom 27. März bis 11. Mai 2021 stattfand, bezeichnen sich in Tschechien **mehr als fünf Millionen Menschen als religionslos**. Vor zehn Jahren, beim Zensus 2011, waren es noch 1,4 Millionen weniger.

Kauf eines Wohnmobils, mit dem der Ex-Regierungschef nach eigenen Worten „zu den Menschen fahren“ will. Die Ankündigung hat Ende Dezember 2021 in Prager Zeitungen prompt zu Mutmaßungen über den Beginn einer inoffiziellen Kampagne für die nächste Präsidentenwahl geführt. Die Amtszeit des derzeitigen Staatsoberhauptes Miloš Zeman endet im Jahr **2023**. Seit einer Verfassungsänderung wird der Präsident direkt vom Volk gewählt. Babiš hat seit Längerem mit seinen Ambitionen, Nachfolger von Zeman auf der Prager Burg zu werden, nicht hinterm Berg gehalten. Auch die „Sudetentpost“ hat darüber berichtet.

Europas Einheit gibt es nur in Vielfalt

Die große Frage: Was sind die Werte der EU?

Vor 100 Jahren entwarf **Richard Graf Coudenhove-Kalergi** ein **Modell der Vereinigten Staaten von Europa** („Sudetenpost“ 12/2021) – bis heute ein **uto-pisches Projekt**. Wer die aktuelle Integrationsdebatte verfolgt, wird nicht um die Einsicht herumkommen: Europa, genauer: die **EU**, steuert auf einen etwas anderen Weg zu als auf den, von dem der Gründer der **Paneuropa-Union** aus dem böhmischen **Ronsperg / Pobežovice** träumte. Es mehren sich derzeit die Stimmen, die zu **mehr Realismus** und **weniger Zentralismus** auffordern. Integration wird neu ausbuchstabiert. Und es wird gefragt: Was sind die Werte der EU? Stimmen noch alle Unterzeichnerstaaten der „Wertegemeinschaft“ bei der Definition der Vertragsinhalte überein? Gilt jede **einzelstaatliche Auslegung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** oder gibt es einen einheitlichen europäischen Standard? Am Beispiel Tschechien konnte man erkennen, dass man dem Neumitglied von vorn herein eigene Wege gestattete: Es konn-

te mit den **menschenrechtswidrigen Beneš-Dekreten** EU-Boden betreten. Heute haben sich Polen und Ungarn in Konflikte mit der Brüsseler Kommission verstrickt. „Einige Maßnahmen widersprechen unseren Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit massiv“, schrieb die hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, **Lucia Puttrich**, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Dabei werde aber auch klar: „Je mehr wir über gemeinsame Werte sprechen, desto stärker werden Unterschiede sichtbar.“ Das habe nicht nur mit dem Verhalten der Regierungen in Warschau und Budapest zu tun. Es werde vielmehr deutlich, dass die EU-Mitgliedsstaaten zwar über eine **gemeinsame Wertebasis**, nicht aber über eine **einheitliche Definition** dieser Werte verfügten. Damit ist das Problem exakt beschrieben. Für die CDU-Politikerin, die oft bei Veranstaltungen der Vertriebenen auftritt, gibt es keine Zweifel daran: Die jüngsten Versuche, Wertvorstellungen auf politischem Weg

zu vereinheitlichen, führen die EU in eine „integrationspolitische Sackgasse.“ In der Tat: Längst geht es nicht mehr nur um rechtsstaatliche Prinzipien und deren Auslegung, sondern um **ein neues gesellschaftliches Leitbild der EU**. Das zeigt sich unter anderem in der kontroversen Debatte über Schwangerschaftsabbrüche. Hier positionierte sich das Europäische Parlament gegen Polen. Dort, in Warschau, wehrt man sich gegen Brüsseler und Straßburger „Übergriffigkeit“ – wie auch gegen Zentralisierungstendenzen. „Das Polen- und Ungarn-Bashing der letzten Jahre“, war in dem FAZ-Beitrag zu lesen, „entsprach nicht dem Geist einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe, sondern hatte eine toxische Wirkung auf den inneren Zusammenhalt der EU. Gerade die jüngeren Mitgliedsstaaten erlangten erst kurz vor dem Beitritt zur EU ihre **Freiheit und volle Unabhängigkeit**. Sie wählten den Weg in die EU auch deshalb, weil sie damit **ihre Souveränität gegenüber der Aggression Russlands** besser geschützt sahen.“ Man muss daran erinnern, dass das Angebot der EU auf dem Versprechen gleichberechtigter Zusammenarbeit und gegenseitigem Respekt beruhte. Und nicht nur das.

Markenkern der Integrationspolitik war das **Einstimmigkeitsprinzip** in wesentlichen Fragen. Die Ministerin Puttrich hat Recht: Insbesondere Deutschland war immer der **Anwalt der kleineren und neuen** Mitgliedsstaaten. Diese Länder konnten sich darauf verlassen, dass wesentliche Entscheidungen nicht gegen ihren Willen getroffen würden. Gilt das noch? Versteht sich die neue Regierung in Berlin noch als Mittler zwischen den Großen und den Kleinen in der EU? Dass der französische Staatspräsident **Emmanuel Macron**, man möchte sagen: demonstrativ, den ungarischen Regierungschef **Viktor Orban** besuchte, war ein deutliches Zeichen. Denn ohne die Einheit aller Mitgliedsstaaten würde eine weitere Integration scheitern. „Diese Einheit“, damit brachte die hessische Politikerin das Problem auf den Punkt, „kann aber nur **in der Akzeptanz der Vielfalt** gelingen.“ Und wichtig war der Hinweis, dass das Projekt der europäischen Einigung niemals als Verschmelzung europäischer Identitäten und Werte angelegt war, sondern als „Kooperation souveräner Staaten“ zum gegenseitigen Vorteil. „Die jüngeren Mitgliedsstaaten erinnern uns gerade daran. Mal lauter, mal leiser.“ (fac)

Prager Bekenntnis zur Charta 77

Die von Premierminister **Petr Fiala** (Bürgerdemokraten) geführte neue tschechische Regierung hat sich per Beschluss zu den Traditionen des Kampfes der **Charta 77 für Menschenrechte und Demokratie** bekannt. Sie erinnerte damit an das vor 45 Jahren veröffentlichte Dokument der Bürgerrechtsbewegung, die ähnliche Aktivitäten in anderen Ländern des damaligen Ostblocks inspirierte und motivierte. Zur Erinnerung: Exponenten der Charta-Bewegung vertraten die Meinung, die **Entrechtung der Sudetendeutschen** sei die **erste Stufe** der all-

gemeinen Entrechtung der gesamten tschechoslowakischen Bevölkerung gewesen. 1978 veröffentlichte der slowakische Historiker **Ján Mlynárik** unter dem Decknamen „**Danubius**“ Thesen, in denen er die Vertreibung der Deutschen als „**Frucht der totalitären Diktaturen**“ und als „unser offenes, umgangenes und häufig peinlich interpretiertes Problem“ bezeichnete. Personen aus dem Umfeld der Charta hatten sich schon vor fünf Jahren erfolglos bemüht, einen Beschluss zur Erinnerung an den Kampf der Menschenrechtsbewegung durchzusetzen.

„Es wurde die Seele der Nation gerettet“

Vor 45 Jahren: Unterzeichnung der „Charta 77“

Dieser Jahrestag ist in der **Berichterstattung der Medien fast untergegangen**: Vor 45 Jahren, am 1. Jänner 1977, wurde in der Tschechoslowakei die „**Charta 77**“ veröffentlicht. Eine Woche später wurde das Dokument in führenden Zeitungen wie „The Times“, „Le Monde“ und „Frankfurter Allgemeine“ abgedruckt. **Hauptautoren** waren **Václav Havel** und **Pavel Kohout**. Alle Unterzeichner hätten bald den Zorn des kommunistischen Regimes zu spüren bekommen, wenn auch oft nur „indirekt“, erinnerte sich der Nach-Wende-Premier **Petr Pithart**. „Wir alle“, so der heute 81jährige, „waren auf die eine oder andere Weise durch ununterbrochene Schikanen in unserer Existenz bedroht. Wir haben unsere **Arbeitsplätze, Führerscheine und Pässe verloren**. Die Kinder aus manchen Familien konnten **nicht studieren**. **Einige Unterzeichner** mussten das **Land verlassen**. Aber **niemand** wurde we-

gen der Unterzeichnung der Charta **direkt strafrechtlich verfolgt**. Sie war so geschickt formuliert, dass dies nicht möglich war.“ **War das Dokument ein Erfolg?** Pithart wollte das in einer Sendung von Radio Prag nicht beurteilen. Diese Frage müsse sich an andere richten. Allerdings, so fügte er hinzu: „Die Charta 77 **hat die Seele der Nation gerettet**. Allgemein hieß es, dass **zumindest einige** von uns mutig genug gewesen seien, **etwas zu tun**. Zweitens schuf die Charta eine Art ‚geschützten Raum‘, nach und nach entstanden unter dem Dach der Charta **immer mehr Aktivitäten**. Aber die Hauptsache ist, dass das Dokument der auch von den sozialistischen Staaten unterzeichneten Helsinki-Schlussakte eine **praktische Bedeutung gab**. Die Charta und das ‚Komitee zum Schutz ungerecht Angeklagter‘ haben lang systematisch **jede Verletzung der Menschenrechte im ganzen Land dokumentiert**.“

Barbara Coudenhove-Kalergi ist 90

Am 15. Jänner 2022 wurde Barbara Coudenhove-Kalergi (*1932 in Prag, aufgewachsen in Ronsperg und einer Villa in Prag-Smichov, 1945 vertrieben), Journalistin und Herausgeberin und die Nichte von Richard Nicolaus Graf von Coudenhove-Kalergi, in Wien **90 Jahre alt**. Vielen ist sie noch heute als **ORF-Korrespondentin** bekannt, wo sie oft über die Politik der damaligen ČSSR und Polens vor Ort berichtete. Außerdem gab sie Bücher über die Geschichte und Gegenwart der Länder des ehemaligen Ostblocks heraus.



Barbara Coudenhove-Kalergi.

Foto: Franz Johann Morgenbesser CC BY-SA 2.0

Miloš Zeman und die „Elfen“

Eine Freiwilligengruppe agiert im Verborgenen

Sie nennen sich „Elfen“, eine Anspielung auf die Fantasy-Saga „Herr der Ringe“. Diese **tschechische Freiwilligengruppe**, 2018 gegründet, wehrt sich gegen **russische Cyber-Angriffe**. Sie arbeitet mit Organisationen, Behörden und Medien zusammen, für die sie das Internet beobachten und Lageberichte liefern. Es geht streng vertraulich zu. „Selbst innerhalb der Gruppen kennen die Mitglieder die Identitäten nicht. Sollte es doch jemand von außen schaffen, in unser Netzwerk vorzudringen, können wir den Schaden klein halten“, ließ sich ein Sprecher der Gruppe von der Berliner Zeitung „Welt“ zitieren. Die Geheimniskrämerei hat einen Grund. „Einige von uns arbeiten für den tschechischen Staat, kommen aus

den Sicherheitsbehörden. Diese Leute unterstehen eigentlich dem Präsidenten. Der aber steht im Verdacht, im Interesse Russlands und Chinas Politik zu machen.“ **Zemans Sympathien für den Kreml** sind bekannt, viele Tschechen misstrauen ihm deshalb. Prager Dienststellen sehen die „Elfen“ positiv. „Ihr Einfluss ist beachtlich, besonders gegenüber der Öffentlichkeit“, erklärte ein Mitarbeiter des tschechischen Inlandsgeheimdienstes BIS. „Die ‚Elfen‘ können analytische Informationen an ein großes Publikum liefern.“ Der BIS arbeitet eng mit den Nachrichtendiensten anderer Nato-Staaten zusammen. Er warnte mehrfach vor Einflussversuchen von außen – und wurde dafür von Miloš Zeman gerügt.

„Sie hingen ständig am Telefon“

Das Zusammenspiel von Madeleine Albright und Vaclav Havel

Das Bild ging 1994 um die Welt: **Vaclav Havel, Bill Clinton und Madeleine Albright** in der **Prager Bierstube** „Zum Goldenen Tiger“. Es war die Zeit der Diskussionen um die Osterweiterung der Nato – und die Phase, in der der tschechische Präsident zur markantesten Persönlichkeit der Kandidatenseite avancierte. Sein Einfluss wurde durch die enge Verbindung zu Albright verstärkt, die von 1996 an, als sie in der zweiten Clinton-Administration zur amerikanischen Außenministerin aufstieg, mit dem Dichter-Präsidenten Havel praktisch alles **koordinierte**, was irgendwie die Allianz und Mitteleuropa betraf. „Sie hingen ständig am Telefon. Die Ministerin beriet sich mit Havel zu allem Möglichen: Wie man mit den Franzosen verhandeln sollte, ob es akzeptabel sei, den Russen das Versprechen zu geben, dass in Mitteleuropa keine amerikanischen Militärbasen errichtet würden – solche Angelegenheiten klärten sie untereinander viele“, erinnerte sich der damalige Albright-Mitarbeiter **Ronald Asmus**. Ihm, so schrieb **Daniel Kaiser** in seiner vor fünf Jahren erschienenen **Havel-Biografie**, machte manchmal die vertraute Beziehung zwischen dem Präsidenten auf der Prager Burg und der US-Außenministerin das Leben schwer. Mehrmals war er Zeuge



Madeleine Albright

von Telefonaten der Beiden von der Präsidentenlimousine aus, er hatte von solchen improvisierten Gesprächen amtliche Protokolle zu verfassen. „Doch das konnte er nicht, weil Havel und Albright miteinander Tschechisch sprachen.“ Madeleine Albright war die erste Frau an der Spitze des Außenministeriums der USA: geboren 1937 als **Marie Jana Körbelova** im Prager Stadtteil Smichov. Sie wuchs im Geiste Tomas G. Masaryks in einer Familie jüdischer Herkunft auf; die Eltern konvertierten jedoch zum Katholizismus. Vater **Josef**



Vaclav Havel

Körbel war Diplomat, auf Posten unter anderem in Belgrad. 1939 beschloss die Familie zu emigrieren. „Am 25. März brachte mich meine Großmutter nach Prag. Um elf Uhr abends saßen meine Eltern mit mir im Zug, um mit zwei kleinen Koffern das Land zu verlassen. In der Eile hatten sie keine Zeit mehr zu packen“, schreibt Albright in ihrer Autobiografie. In London begann der Vater für die tschechoslowakische Exilregierung zu arbeiten. Bald nach Kriegsende kehrte die Familie in die Heimat zurück. Nach dem blutigen Feber 1948 wurde Josef Körbel

als „Staatsfeind“ zum Tode verurteilt. Die Familie fand politisches Asyl in den USA. Tochter Madeleine studierte dort Staatswissenschaften, Politologie und Öffentliches Recht. In den 1970er Jahren arbeitete sie im Wahlkampfstab der Demokratischen Partei, 1978 wurde sie Beraterin im Nationalen Sicherheitsrat. Präsident Bill Clinton bestimmte die gebürtige Tschechin – den Familiennamen Albright hatte sie von ihrem geschiedenen Mann – zur Botschafterin bei den Vereinten Nationen in New York. 1997 wurde sie Außenministerin – als erste Nichtamerikanerin. Um die Jahrtausendwende galt sie als die einflussreichste Frau der Welt. Regelmäßig besuchte sie die alte Heimat, beriet Vaclav Havel. Die Tschechische Republik verlieh der Spitzendiplomatin den „Orden des Weißen Löwen“ – die höchste Staatsauszeichnung. Havel hatte sie in einem Interview sogar als eine mögliche Nachfolgerin ins Gespräch gebracht. Ein Indiz für die Übereinstimmung in zentralen Fragen der Politik. Nur eines hatte Clintons Außenministerin an Vaclav Havel auszusetzen: dass er die Möglichkeit verpasste, „eine eigene Partei“ zu gründen. Am 15. Mai vollendet Madeleine Albright ihr 85. Lebensjahr. Foto Havel: Kingkongphoto & www.celebrity-photos.com CC BY-SA 2.0

Ein tschechischer Blick auf „unsere Deutschen“

Die Aussiger Ausstellung und ihre inhaltlichen Mängel

Eine große Glasvitrine steht in der Mitte einer Holzwand. Darin ein Plakat, wie es **1945** in tschechischen Städten und Dörfern zu sehen war. Es zeigt den berüchtigten **Beneš-Erlass 12** über die „Beschlagnahme und beschleunigte Umverteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Ungarn und Verräter und Feinde des tschechischen und slowakischen Volkes“. **Als erstes der wichtigsten Dekrete des Nachkriegspräsidenten beraubte es etwa drei Millionen Deutsche ihres Eigentums und ihrer Bürgerrechte.** Was im Museum der Stadt Aussig / Ústí nad Labem präsentiert wird, ist ein Querschnitt durch die Geschichte der Deutschen in Böhmen und Mähren **vom Mittelalter bis 1947.** Die Exponate, darunter **authentisches Gepäck von Vertriebenen**, die nur bis zu **40 Kilo** pro Person mitnehmen durften, sind Teil der im **November 2021 eröffneten Dauerausstellung.** Es ist die erste Ausstellung dieser Art auf tschechischem Boden. Sie soll Stereotype abbauen und einen „neuen tschechischen Blick auf die Geschehnisse“ werfen. „Wir haben uns um eine objektive und unparteiische Sichtweise bemüht“, sagt **Petr Koura**, Chef der gemeinnützigen Gesellschaft **Collegium Bohemicum.** „Wir beschönigen

nicht, was die deutsche Bevölkerung durchgemacht hat, aber wir beschönigen auch nicht, was die Deutschen während des Krieges getan haben.“ Die Ausstellung sei „**ein tschechischer Blick auf unsere Deutschen**“. Die Vorbereitung dauerte **fast zwei Jahrzehnte** und stieß auf zahlreiche Schwierigkeiten, obwohl die EU 420 Millionen Kronen (etwa **16 Millionen Euro**) für die **Renovierung des Museums beisteuerte** und ein großer Teil des 50 Millionen Kronen (knapp zwei Millionen Euro) umfassenden Budgets für die Schau vom **Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds stammt.** „Trotz ihres Umfangs kann man der Ausstellung inhaltliche Mängel vorwerfen“, kommentierte die **Deutsche Welle** am **6. Dezember 2021.** „Der schwerwiegendste ist, dass sie nicht erwähnt, welche Verbrechen **bei den grausamen Deportationen** und bei der **Internierung von Deutschen in ‚Arbeits‘-Lagern vor 1947** begangen wurden. Es ist jedoch möglich, dass diese Aspekte später noch in die Ausstellung eingebracht werden.“ Sie werde lebendig bleiben, „einige Exponate werden sich verändern“, zitiert der Sender den Direktor des Stadtmuseums, **Václav Houfek.** Politische Wirren begleiteten das Projekt über Jahre.

2012, die „Sudetenpost“ hat darüber berichtet, stand die Schau **kurz vor der Eröffnung.** Allerdings übernahm damals eine von der KP geführte Koalition die **Regierung der Aussiger Region**, sie sprach sich **gegen die Ausstellung aus.** Daran erinnerte der Germanist **Miroslav Kunštát** von der Karls-Universität Prag. Letztlich sorgte eine Gruppe von Wissenschaftlern unter der Leitung der Professorin **Kristina Kaiserová** dafür, dass das Ausstellungsvorhaben am Leben blieb. Um die geschichtspolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte

mache die Schau einen „weiten Bogen“, befand der Berichterstatter der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Sie ende mit **Filmaufnahmen zur Vertreibung.** „So verständlich es ist, dass sie hier einen Schlusspunkt setzt: Besucher könnte gleichwohl interessieren, wie sich das Verhältnis von Tschechen und Deutschen im **Kalten Krieg entwickelt hat** und inwiefern ein Ausweg aus den hitzigen Kontroversen **nach 1989** um die **Beneš-Dekrete** gefunden werden konnte. Spannend wäre auch zu erfahren, **wie die verbliebenen Deutschen im heutigen Tschechien leben.**“

Erfolg für Mönche von Hohenfurth

Ein jahrelanger Rechtsstreit ist entschieden: Der tschechische Verfassungsgerichtshof **entschied in letzter Instanz**, dass die Rückgabe von Grundstücken an die südböhmische **Zisterzienserabtei Hohenfurth / Vyšší Brod** rechtmäßig erfolgt sei. Die Enteignung des klösterlichen Besitzes sei zwar auf der Grundlage der Beneš-Dekrete vorgenommen worden, aber unrechtmäßig, erklärte erst **nach der Machtergreifung der**

Kommunisten. Die Abtei war von den Nationalsozialisten aufgehoben und ihre Grundstücke konfisziert worden. Unmittelbar nach Kriegsende konnten die Mönche zunächst zurückkehren, nach dem Umsturz im Feber 1948 wurde das Kloster erneut aufgehoben. Die Enteignung sei Teil der nicht durch die Beneš-Dekrete abgedeckten kommunistischen Kirchenverfolgung gewesen, erklärte ein Sprecher des Verfassungsgerichts.

Auf den Spuren von Franz Kafka und Jehuda Löw in Prag

Rund um den Jahreswechsel gedenken wohl viele von uns der lieben Angehörigen. Unsere Gedanken verweilen dann bei jenen Menschen, die uns vorausgegangen sind, und wir sind dankbar, dass wir mit ihnen so manche nette Erinnerung geteilt haben, auch wenn sie selbst nur mehr in unseren Herzen weilen.

Wir gedenken auch gemeinsam jener Menschen, deren Kultur, deren Sprache und deren Geist wir weitertragen aus den alten Heimorten der Länder des alten Österreichs in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Wir machen keine Unterschiede nach dem **Geschlecht**, dem **gesellschaftlichen Stande** oder der **Religion**. Wir versammeln uns traditionell in jedem Advent in den prunkvollen Räumen der Wiener **Augustinerkirche** zur Gedenkmesse der Heimatvertriebenen, und wir gedenken auch aller Landsleute, gleich welchen Glauben sie gelebt haben, und wie sie die Welt persönlich gedeutet haben.

Die Zeit heilt viele Wunden, aber es bleibt die Bitternis, dass im 21. Jahrhundert inmitten der beschworenen europäischen Werte immer noch **Vertreibungsdekrete in Kraft** sind, die Menschen deshalb entrechten und vertreiben, weil sie sich in den böhmischen, mährischen oder österreichisch-schlesischen Ländern des alten Österreichs zur deutschen oder zur ungarischen Volksgruppe gezählt haben, so wie sie seit Jahrhunderten dort gelebt haben.

Einen besonderen Irrwitz erreichen diese bis heute nicht aufgehobenen Vertreibungsdekrete dort, wo sie die **sudeten-deutschen Juden** betreffen, denn in der Volkszählung der damaligen ČSR war es bis in die 1930er Jahre möglich, seine Volkstums-Zugehörigkeit und seine Religion einzutragen.

Dabei gab die tschechische Regierung den Juden die Möglichkeit, zwischen drei sprachlich-kulturellen Volkzugehörigkeiten zu wählen, und sich als deutsch, tschechisch, ungarisch oder aber auch als eigenständig - als jüdisch - zu deklarieren, ungeachtet der Religi-



Die Altneusynagoge mit der Feuerleiter zum Obergeschoß, mit den sagenhaften Überresten des legendären Golems des Rabbi Jehuda Löw zu Zeiten von Kaiser Rudolf II.

onszugehörigkeit.

Nun ist es im Blick auf die uralte beeindruckende Geschichte des Judentums in den Ländern des alten Österreichs nicht überraschend, dass es immer tschechische jüdische Gemeinden gegeben hat. Die große Mehrzahl des Judentums in Böhmen und in Mähren war jedoch **deutsch**, und viele haben dann von Wien aus weltweit gewirkt, wenn man beispielsweise an **Sigmund Freud** denkt, der Professor für Medizin an der Universität Wien geworden ist, und dessen **Söhne** als **Offiziere** der kaiserlich österreichischen Armee ehrenvoll gedient haben.

So haben sich auch **über achtzig Prozent** der Juden in der ČSR in der letzten Volkszählung vor dem zweiten Weltkrieg als **deutsch** bekannt.

Wir haben daher vor Weihnachten auch den **jüdischen Friedhof** in **Prag** besucht, mit dem Grab von **Jehuda Löw**, und den neuen Friedhof mit **Franz Kafka**, dem der **Literaturnobelpreis** aus **politischen Gründen** verwehrt worden ist, dessen Dichtungen jedoch zum Erbe

der Menschheit gehören. Franz Kafka selbst starb 1924 in einem Sanatorium bei Wien. Seine sterblichen Überreste wurden dann in einem verlöteten Metallsarg nach Prag überführt.

Die Beerdigung fand dann im Neuen Jüdischen Friedhof statt, der Ende des 19. Jahrhunderts errichtet worden ist. Das Begräbnis von Franz Kafka wurde jedoch von den Vertretern des öffentlichen Lebens in Prag gemieden. Acht Tage nach der Beerdigung fand dann eine **öffentliche Gedenkfeier** für Kafka am **Prager Deutschen Kammertheater** statt, von **Max Brod** organisiert, und diese Veranstaltung war bis auf den letzten Platz voll besetzt.

Der älteste Jüdische Friedhof auf dem Gebiet der Stadt Prag lag jedoch möglicherweise an der Stelle der heutigen Míšeňská-Straße, und der zweite mittelalterliche Jüdische Friedhof, der auch **Jüdischer Garten** genannt wurde, befand sich auf dem Gebiet der späteren Neustadt am Wyschehrad-Weg. Hier wurde wahrscheinlich vom 13. Jahrhundert bis zum Jahr **1478** begraben, als König **Wladislaus II.** den Friedhof auflösen ließ.

Grabsteinfragmente aus dem späten 14. Jahrhundert wurden später noch bei Bauarbeiten in der Monarchie gefunden und in den Alten Jüdischen Friedhof verlagert, der in der Periode vom 14. zum 15. Jahrhundert gegründet worden ist.

Der Alte Jüdische Friedhof in Prag enthält heute **12.000 Grabsteine**, und natürlich noch viel mehr an sterblichen Überresten, und vermutlich die Gebeine von **100.000 Menschen**.

Es wurde dann auch hier seit **1787** nicht mehr beerdigt, als durch den Erlass von **Joseph II.** verboten wurde, Begräbnisstätten inmitten der bewohnten Stadtteile zu nutzen, weshalb ja auch in Wien die Friedhöfe aus Gründen der Seuchen-Prophylaxe vor die Stadttore verlegt worden sind, und weshalb sich ja das Grab von **Wolfgang Amadeus Mozart** im Friedhof von **St. Marx** (heute 3. Bezirk) nur sehr ungefähr lokalisieren

lässt. Die Grabsteine jedoch sanken im Laufe der Jahrhunderte tief in die Unterschichten ein, und vor allem Holzgrabmale verfielen im Laufe der Zeit.

Um den religiösen Traditionen der Juden und der Begräbnisbruderschaften zu entsprechen, wurden auf dem Friedhof immer wieder neue Schichten Erdboden gefahren, und die alten Grabsteine in höhere Schichten gehoben, wodurch sich bis zu **zwölf Schichten** übereinander anhäuferten.

An der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert lassen sich auf den ursprünglich einfachen Grabsteinen plastische Symbole und Zeichen von Geschlechtern, Namen, Ständen und Berufen und eine **Vierflachtumbe**, ein Häuslein, erkennen. Prag ist auch der **einzigste Ort in Europa**, wo sich einige davon erhielten.

Das Grab des bedeutendsten Vertreters des Prager Judentums und des Vorstandes der Prager Talmudschule **Rabbi Jehuda Löw**, der zwischen 1520 und 1609 gelebt hat, bedeckt einer der Renaissancebarocksarkophage. Die zum Gedenken nach jüdischem Brauch niedergelegten Steine gehen manchmal in die Hunderte.

Rabbi Jehuda Löw ist der Überlieferung nach auch der legendäre Erschaffer des noch legendärerem Golems, dessen Reste ja der Sage nach über eine Treppe in den Dachboden der Alt-Neusynagoge gebracht worden sind.

Nun, diese Treppe ist natürlich eine bloße Geschichte. Allerdings verriet uns unsere Führerin bei unserem Besuch, dass man vielleicht einen kurzen Weg auf die Rückseite der altehrwürdigen Synagoge machen könnte ... und dabei einen Blick auf die gemauerte Feuerleiter erhascht, die zu dem Obergeschoß mit den Sagenhaften Überresten führt...

Der Alte Jüdische Friedhof ist seit 1995, nach dem Fall des Eisernen Vorhanges, ein **Volkskulturdenkmal Tschechiens**, und wir empfehlen, sich bei einem Besuch auch genügend Zeit zu nehmen.

Dr. Rüdiger Stix

Renovierung des Kriegerdenkmals in Hermannstadt

Am Samstag, dem 13. November 2021, fand beim Kriegerdenkmal in **Hermannstadt** / Heřmanovice nahe **Zuckmantel** / Zlaté Hory im ehemaligen Österreichisch-Schlesien ein Treffen anlässlich des Veteranentages statt. Die Teilnehmer versammelten sich vor dem **neu restaurierten Denkmal**, welches im Jahre 1922 den Opfern des Ersten Weltkriegs gewidmet wurde, vor der Kirche des **Hl. Andreas**. Die Einwohner von Hermannstadt hatten dabei erstmals die Gelegenheit, die ursprüngliche Gestaltung des Denkmals auf Fotos zu sehen und sie mit dem heutigen Zustand zu vergleichen. In den Stein sind **91 Namen** von gefallenen, verstorbenen und vermissten deutschen Staatsangehörigen, die in die österreichisch-un-



garische Armee einrückten und nicht mehr aus dem Krieg zurückkehrten, eingemeißelt. Das Denkmal wurde von **Ing. Ladislav Žák** aus Zuckmantel liebevoll renoviert und unterscheidet sich von seinem ursprünglichen Zustand, bevor das Denkmal nach dem **kommunistischen Putsch zerstört** wurde: Statt eines **Adlers** zierte jetzt ein **Kreuz** die Spitze. Der katholische Priester von Hermannstadt, Herr Pfarrer **Pavel Zachrla**, segnete das Denkmal. Anschließend wurde das „Vater unser“ auf Deutsch und Tschechisch gebetet, im Gedenken an die gefallenen Mitbürger und ihre Familien. Das nächste Treffen soll in einem Jahr stattfinden, dann wird das 100-Jahr-Jubiläum des Denkmals gefeiert werden.

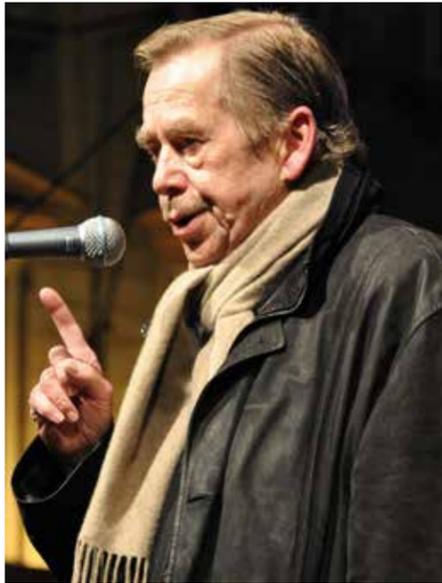
Margit Kovac

Als Havel das Prager „Machtkartell“ attackierte

Die neue Regierung und das Erbe des Dichter-Präsidenten

Es sind Daten von historischer Bedeutung für das nach wie vor **schwierige, fragile sudetendeutsch-tschechische Verhältnis**. Vor 25 Jahren, am **19. Jänner 1997**, wurde in **Prag** die **deutsch-tschechische Erklärung** unterzeichnet. Sie wird heute von **beiden Seiten**, man muss sagen: **voreilig und leichtfertig** als „Schlussstrich“ unter die **Vergangenheit** interpretiert. Dabei wurde, was oft übersehen wird, zunächst korrekt **auf Fragen hingewiesen**, „zu denen wir **unterschiedliche Positionen** vertreten“ (der damalige deutsche Bundespräsident **Johannes Rau 2002**). Dieses Eingeständnis ist inzwischen weitgehend **Makulatur**. Betont wird heute, dass beide Seiten ihre Beziehungen „zukunftsgerichtet“ gestalten wollen und „nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden“. Damit wird der tschechischen Seite **eine Art Freibrief** ausgestellt. Vor genau **20 Jahren** sagte **Václav Havel**: Man müsse lernen, auch die zeitliche Folge der Taten wahrzunehmen und „zwischen Ursachen und Folgen zu unterscheiden“. Im Deutschen Fernsehen hatte sich Havel, ein Meister sprachlich gewundener, **gelegentlich beschwichtigender Erklärungen**, so geäußert: „Ich bin niemand und ich war niemand, der die Abschiebung der Sudetendeutschen **gutgeheißen hat**. Das war keine gute Sache. Es war aber eine Sache, die zu dieser Zeit gehörte.“ Skeptisch kommentierte die Tageszeitung „Lidové noviny“ damals den Stand der tschechisch-deutschen Beziehungen: Das tschechisch-deutsche Verhältnis habe sich auch nach dem Besuch von Bundespräsident Johannes Rau nicht wesentlich verbessert. „Der **Steinblock**

namens ‚**Beneš-Dekrete**‘ liegt nach wie vor **an der Grenze** und niemand auf beiden Seiten ist vor den Wahlen bereit, **ihn zu entfernen**.“ Was seinerzeit, also vor zwei Jahrzehnten beschrieben wurde, ist noch immer relevant: Die Dekrete sind bis dato **offizieller Teil der tschechischen Rechtsordnung**. „Die offiziell-diplomatische aber nichtssagende Prager Sprachregelung, die Dekrete seien ‚**erloschen**‘, hat auch Havel nie in Frage gestellt“, kommentierte 2003 der Kölner Deutschlandfunk. Der Dichter-Präsident auf der Burg hatte allerdings schon kurz nach seinem Amtsantritt zur Vertreibung bemerkt, und die Sätze verdienen es, immer wieder zitiert zu werden: „**Das war keine Strafe, sondern Rache**. Außerdem haben wir die Deutschen nicht aufgrund einer **erwiesenen Schuld vertrieben**, sondern einfach **als Angehörige einer Nation**. Und so haben wir – in der Meinung, der historischen Gerechtigkeit freien Lauf zu geben – **vielen unschuldigen Menschen Unrecht getan** – vor allem Frauen und Kindern.“ Und als der damalige Ministerpräsident **Miloš Zeman**, der heute als Herr auf der Prager Burg residiert, eine neue Vergangenheitsdebatte vom Zaun brach und die Sudetendeutschen als „**Landesverräter**“ bezeichnete, die eine „relativ milde Behandlung“ **erfahren hätten**, sagte Havel im ARD-Fernsehen: „Das Bewusstsein, dass die Abschiebung die einzige Möglichkeit war, unvermeidlich, eine heilige Sache, unantastbar, nicht kritisierbar – dieses Bewusstsein wurde jahrzehntelang in diesem Land gepflegt. Es war **ein Tabu**, man konnte nichts **Kritisches dagegen sagen**. Viele Leute wurden wohl durch die Wahlkampfzeit verführt, sich an diese ste-



reotypen Gedanken anzulehnen, die in der Gesellschaft verwurzelt sind.“ Eine Erinnerung wert ist auch **Havels Neujahrsansprache 2002**. Ohne Namen zu nennen zielte er mit seiner Kritik auf Miloš Zeman und den damaligen Chef der **Bürgerpartei ODS, Václav Klaus**, die sich über Jahre in einem „Oppositionsvertrag“ verbündet hatten und die politische Macht **unter sich aufteilten**. Das Machtkartell Zeman-Klaus war Havel **zuwider**, er sprach von einem sich ausbreitenden „**Mafia-Kapitalismus**“ mit Verbindungen bis zu den politischen Spitzen des Landes. Ja, er verglich die Situation mit der Zeit der propagandistisch so genannten Phase der „Normalisierung“ nach der Niederschlagung des Prager Frühlings. „Es gibt unter uns moderne und kultivierte Normalisatoren, die am liebsten überall in jeder Sphäre die Strippen ziehen würden – angefangen bei den großen Unternehmen über Fernsehen und Presse bis hin zu unseren Vertretungsorganen.“ Damals war noch nicht von einem **Oligarchen** als Regierungschef wie **Andrej**

Babiš die Rede. Aber Havel unterstützte offen jene Bewegungen in Tschechien, die 1999, zehn Jahre nach der „samtenen Revolution“, ihre Enttäuschung nicht länger verheimlichten, dass die hart erkämpfte Demokratie vielen Akteuren nicht mehr bedeutete, als **alle vier Jahre an der Wahlurne zu erscheinen** und ansonsten dem **Gezerre und Gemauschel von korrupten Parteipolitikern** zuzuschauen. Havel und einige seiner Mitstreiter von **1989** prägten den - unscharfen - Begriff von der „Zivilgesellschaft“. Zurückgegriffen wurde auf das alte Motto „In der Wahrheit leben“. Politik, hatte Havel im Juli 1989 gesagt, sei **eine Form praktizierter Moral**: „Auch der Protest gegen ein System, das schlecht ist, weil es die Menschenwürde verletzt, muss von einer moralischen Revolution ausgehen. Das heißt: Jeder muss bei sich selbst anfangen, muss sich bemühen, sich von der allgemeinen Schizophrenie zu befreien, muss aufhören zu lügen, nur, weil es bequem ist, **muss sich wahrhaftig verhalten**.“ Havel starb am **18. Dezember 2011**. Der Dichter-Präsident war gewiss kein Heiliger, er hat unter dem **Druck der Prager Verhältnisse** so manche Volten geschlagen und einige seiner **Aussagen zur Vertreibung relativiert**. In seinen Ansprachen als Präsident habe er sich direkt für nichts entschuldigt, räumte er ein, „weil ich dazu von niemandem ein ausdrückliches Mandat hatte.“ Wichtiger waren ihm eine **sachliche, vorurteilsfreie Reflexion der Geschichte** und „gegebenenfalls Taten, durch die sich **unselige Folgen wiedergutmachen lassen**“. Die neue Regierung in Prag könnte zeigen, **was ihr das Erbe von Václav Havel wert ist**.

Foto: Ben Skála CC BY-SA 2.5

Auf den Spuren tschechischer Mythen

Ein Theologe über die geistigen Wurzeln der Vertreibung

Es gehört heute zur politischen Korrektheit, die Deutschen-Vertreibung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ausschließlich als direkte Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu deuten. Nur hin und wieder meldet sich jemand zu Wort, der den Mut hat, tiefer in die Geschichte einzusteigen. Der in der Schweiz tätige katholische **Pfarrer Helmut Gehrman** (siehe Beitrag „Prager Blutgericht“!), **Dekan** des Dekanats Chur, betrachtet es als **Fehler**, dass man sich bei der Konzeption des **Vertriebenengedenkens** zu sehr an den unmittelbaren Ereignissen nach dem Zweite Weltkrieg orientiere. Im Grunde sei das **Programm der „Entgermanisierung“** schon seit dem **Ende des 19. Jahrhunderts** vorgezeichnet gewesen, sagt Gehrman in einem vom **Haus Königstein** im

hessischen Geiß-Nidda verbreiteten Interview. Doch seien die geistigen Wurzeln dieses Handelns mit der Zeit vernachlässigt worden. Der Geistliche, der an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Pallottiner im rheinlandpfälzischen Vallendar über die **Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien** promoviert hat, beruft sich in seinen Arbeiten ausdrücklich auf Edvard Beneš, der gesagt habe, dass mit der Vertreibung der Sudetendeutschen eine **geschichtliche Fehlentwicklung** seit dem **Mittelalter** endlich korrigiert worden sei. Gehrman: „Das geistige Instrumentarium, das eine Vertreibung der Deutschen als **erstrebenswertes Ziel** nahelegte, war bei ihrer Durchführung also schon lange vorhanden.“ Der Theologe geht in dem Interview

und in seinen Schriften **tschechischen Geschichtsmythen** nach und deren Umsetzung in politischer und religiöser Hinsicht: „Ich halte die Aufarbeitung dieser Gedanken für unerlässlich, um eine **wirkliche Versöhnung** zwischen Deutschen und Tschechen herbeiführen zu können.“ Die Verinnerlichung des tschechischen Nationalmythos als politische Religion habe das **christliche Glaubensleben** in Böhmen und Mähren nachhaltig **geschädigt**. „Eine Korrektur dieses Denkens halte ich für überaus wichtig, um der Neuevangelisierung nötigen Auftrieb verschaffen zu können.“ Gehrmanns **Dissertation**, herausgegeben vom Institut für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien ist 2016 im Gerhard Hess-Verlag (Bad Schussenried) **als Buch erschienen**.

Das 527 Seiten umfassende Werk trägt den etwas sperrigen Titel „**Tschechischer nationaler Mythos als politische Religion und Rückwirkung auf das Glaubensleben in den böhmischen Ländern 1848-1948**“. War die erste Tschechoslowakische Republik trotz mancher Fehler eine Art verlorenes Paradies? Helmut Gehrman – die Familie seines Vaters stammt aus Ostpreußen: „Diese Frage kann nur mit Ja beantworten, der als Nutznießer dieses **Bevorzugungssystems** die Expansion tschechischen Lebenswillens auf Kosten des deutschsprachigen Bevölkerungsanteils akzeptiert oder aus **Unkenntnis der wirklichen Lebensumstände** während der Zeit der **Ersten Republik** verkennt. Letzteres dürfte heute am weitesten verbreitet sein.“

Die Migration der Gablonzer Glasindustrie nach 1945 – zweiter Teil

Die Ansiedlung der Gablonzer Glas- und Schmuckindustrie in Österreich nach 1945

4.1. Die Ansiedlung in Österreich

Zu Beginn der Zweiten Republik zeigten weder **Leopold Figl**, als Bundeskanzler, noch **Karl Gruber**, als Außenminister der jungen Zweiten Republik ein Interesse an den Sudetenvertreibungen. Die „Ausgetriebenen“ wurden auch als **größtenteils nazistisch eingestellt** bezeichnet und folglich wurde auf deren **rücksichtslose Ausweisung** gedrängt. Die Bundesregierung war auch bis Anfang der 1950er Jahre der Meinung, dass es für die ca. 383.000 **unerwünschten Volksdeutschen** (die sich noch auf österreichischem Staatsgebiet befanden) doch noch zu einer (weiteren!) **Abschiebung nach Deutschland** kommen würde. Die Sudetendeutschen hatten innerhalb dieser Gruppe immerhin Vorteile, einerseits durch **familiäre Anbindungen**, andererseits dadurch, dass sie als **Industriearbeitskräfte** in den ersten Jahren der Zweiten Republik für den Wiederaufbau eine **sehr wichtige Arbeitskräftekomponente** darstellten. Sowohl in der Zeit der Monarchie, als auch nach 1918 waren schon viele Sudetendeutsche nach Oberösterreich bzw. in das Restösterreich gekommen, in der Ersten Republik waren **in jeder Bundesregierung Sudetendeutsche vertreten**. Österreich war im Artikel XIII. des Potsdamer Abkommens als Aufnahmeland für die Vertriebenen explizit nicht angeführt. Trotz der angeordneten geordneten Rückführung



Herstellung von Gablonzer Bijouteriewaren, © Copyright Österreichisches Institut für Zeitgeschichte, Wien - Bildarchiv, für AEIOU

nach Deutschland kam es weiterhin zu **wilden Vertreibungen**, auch nach Süden, in das verarmte und überfüllte Österreich. Schätzungsweise sollen **225.600** Sudetendeutsche in der Zeit der gewaltsamen Vertreibungen ums Leben gekommen sein. Die **oberösterreichische Landesregierung** setzte sich besonders für das Verbleiben von jenen Volksdeutschen in Österreich ein, die bereits in der Landwirtschaft und in der Industrie eine Beschäftigung gefunden hatten und somit zum **Wiederaufbau Österreichs ihren Beitrag** leisteten. Sudetendeutsche erhielten auch relativ rasch eine **unbefristete Aufenthaltsgenehmigung**, diese war eine Vorstufe für den Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft. Flüchtlinge in Österreich hatten **bis 1955** die Rechtsstellung von Fremden bzw. Staatenlosen, das Staatsbürgerschafts-

gesetz vom Juli 1945 regelte deren Einbürgerung. Eine der wichtigsten Bedingungen hierfür war, dass man **mindestens vier Jahre** seinen **ordentlichen Wohnsitz** auf österreichischem Boden hatte. Im Vergleich zu anderen Volksdeutschen wurden die Sudetendeutschen **rascher eingebürgert**, als Gründe dafür wurden ihre **Berufserfahrungen** im Handwerk, im Gewerbe und in der Industrie angeführt, die für den Aufbau der Wirtschaft nach 1945 sehr willkommen waren. Waren in den Jahren nach 1950 Gleichstellungsgesetze, arbeits- und gewerberechtliche Themen behandelnd, verabschiedet worden, die jene volksdeutschen Flüchtlingen, die noch keine Staatsbürgerschaftsurkunde vorweisen konnten, wie Österreicher behandelten, so sind noch **weitere Schwierigkeiten** zu erwähnen, mit denen sich die Flüchtlinge ausein-

andersetzen mussten. Die Anerkennung der in der früheren Heimat erworbenen **Meisterprüfungs- und Fachschulzeugnisse** war nicht immer gegeben, es mussten **Nach- oder Ergänzungsprüfungen** abgelegt werden. Schlussendlich fehlte es besonders an dem für eine Betriebsgründung notwendigen Kapital. Finanzielle Unterstützungen leistete einerseits der 1954 gegründete **Verein Oberösterreichische Heimat**, andererseits auch führende Politiker von damals, insbesondere der Landeshauptmann **Dr. Heinrich Gleißner** und der Linzer Bürgermeister **Dr. Ernst Koref**. Der Verein vergab oder vermittelte **945 Kredite** mit einem Gesamtkreditvolumen von 25,530 Millionen Schilling - für Existenzgründungen und -sicherungen und für Bauten, Wohnraumbeschaffung und Möbelkauf -, mit dem Ziel der **Selbsthaftmachung der Volksdeutschen in Oberösterreich**, welches im Jahr 1974 nach 20 Jahren erreicht war. „Eine beachtliche Zahl von Sudetendeutschen hat in der Nachkriegszeit den **Sprung in die Selbständigkeit** gewagt, wobei in Oberösterreich die „Gablonzer Glas- und Bijouteriewarenherzeugung“ besondere Bedeutung erlangt hat. Die Ansiedlung hier erfolgte eher zufällig“. Sudetendeutsche aus Gablonz ließen sich im Laufe des Jahres 1945 im Raum Linz nieder und begannen mit einer Schmuckwarenherzeugung. Konkret sind in den Orten **Kremsmünster, Linz, Steyr** und **Enns** die **Anfänge der österreichischen Gablonzer Glas- und Schmuckindustrie** zu suchen.

Dr. Barbara Kiessling

Stonsdorfer Likör aus dem Tirolerhaus Schloss Stonsdorf schafft Dependance im Stil der Zillertaler

Das Schlosshotel von **Stonsdorf** / Stanisław im **Hirschberger Tal** erhält eine neue Dependance im Stil eines Tirolerhauses. Damit erinnert Schlossherr **Wacław Dzida** an die Tradition der **Tiroler Glaubensflüchtlinge** in der Region. Das komplett umgebaute ehemalige Wirtschaftsgebäude wird neben Appartements auch die Manufaktur für den schlosseigenen Kräutertlikör beherbergen.

Das am Rande des Schlossparks gelegene **Haus im Tiroler Stil** wirkt auf den ersten Blick ungewohnt in **Schlesiens Bergen**. Über einem weiß gekalkten Erdgeschoss ragt ein komplett mit Holz verkleidetes Obergeschoss empor, dessen umlaufenden Balkon eine Balustrade aus kunstvoll gefrästen Holzbrettern ziert. Mit seinen grünen Fensterläden und dem klassischen Tiroler Dachkreuz aus Holz könnte es genauso gut auf einer Alm im fernen Österreich stehen. Doch mit dem „Alpen-Look“ knüpft der Schlossbesitzer an eine **lange Tradition in der Region** an. „In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewährte Preußens



König **Friedrich Wilhelm III.** protestantischen Glaubensflüchtlingen aus Österreich hier im **Riesengebirgsvorland Asyl**“, erklärt Wacław Dzida. Im damaligen Ort **Erdmannsdorf** waren für die hauptsächlich aus dem **Zillertal** stammenden Menschen Häuser im Stil ihrer früheren Heimat errichtet worden. Das heute auf Polnisch Mysłakowice genannte Erdmannsdorf wurde damals sogar in **Zillertal-Erdmannsdorf** umbenannt. Bis heute blieben zahlreiche Holzhäuser der Zillertaler Glaubensflüchtlinge in Zillertal-Erdmannsdorf erhalten und vor dem heute als **Schule** genutzten ehemaligen **königlichen Sommerschloss** erinnert ein **Denkmal** an deren Schicksal.

In Obergeschoss des neuen Tirolerhauses bietet Wacław Dzida zwei Familien-Appartements für seine Gäste an. Im Erdgeschoss will er eine jahrhundertealte regionale Tradition fortsetzen. „Dort wollen wir neben Wirtschaftsräumen eine kleine **Manufaktur** einrichten, in der wir unseren **Likör** weiterhin **in Handarbeit** herstellen werden“, sagt er begeistert. Mit der gewerblichen Produktion des Likörs hatte er vor gut einem Jahr begonnen. Die Manufaktur betreibt er gemeinsam mit seinen beiden Söhnen Antoni und Maurycy. Zusammen suchen sie **Kräuter** im Riesengebirgs-Vorland. **Heidelbeeren** und andere **Waldfrüchte** geben dem Produkt seine **charakteristische tiefrote Farbe**, Sternanis trägt zum Geschmack bei. Auf das Rezept ist der Schlossherr besonders stolz. Er hat es in über **zehnjähriger Arbeit** entwickelt, Anlass war 2010 das **200. Jubiläum des „Echt Stonsdorfers“**, dessen Produk-

tion nach dem Zweiten Weltkrieg aus Stonsdorf nach Schleswig-Holstein verlagert worden war.

Die Region um Stonsdorf war schon im **17. Jahrhundert** für ihre Kräutersammler bekannt. Der Brauereigeselle **Christian Gottlieb Koerner** begann 1810 mit der Herstellung eines Likörs aus heimischen Kräutern. Seine Nachkommen machten den „Echt Stonsdorfer“ zu einer weltbekannten Marke. Wacław Dzidas handgemachter Tropfen unterscheidet sich deutlich vom heutigen Industrieprodukt, ist kräftig-würzig, intensiv fruchtig, mit einer leicht herben Note. Dzida produzierte zunächst nur einige wenige Flaschen, die er treuen Gästen des Hauses als Geschenk mitgab – und war überrascht über die positive Resonanz. Nach der offiziellen Genehmigung 2020 füllt er rund **3.000 Flaschen jährlich** ab. www.palacstaniszow.pl

Im Tirolerhaus nahe beim Schlosspark wird heute Stonsdorfer Likör produziert. Foto: Schloss Stonsdorf (aus: „Schlesien heute“, 01 / 2022)

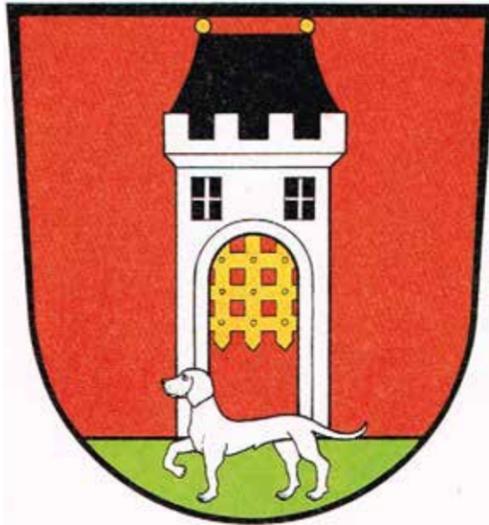
Städtewappen

Winterberg / Vimperk
 Land: Böhmen
 Landkreis: Prachatitz
 1910: 5252 Einwohner / davon 4642 Deutsche
 1930: 4938 Ew. / 3638 dt.
 1939: 4574
 1947: 2940
 2001: 8281 (Eingemeindungen!)
 2021: 7400

Die Burg soll **1195** von Albrecht III. Graf von Bogen erbaut und bis 1252 bayerisch gewesen sein (Puhani). Danach gehörte Winterberg Purkart von Janowicz, der sich 1264 »Burchardus de Wintherberc« schrieb. Unter den Janowiczern wurde es 1340 als »castra Winterberch« erwähnt und im folgenden Jahr als »Städtchen« bezeichnet. 1369 erwarb es die reiche Prager Bürgerfamilie Rothlöw und um 1395 Hanusch Kaplirz von Sulewicz. Kunat Kaplirz von Sulewicz auf Winterberg bedachte die Winterberger am 16.1.1424 mit der **Handelsfreiheit** und dem **Heimfallrecht**. Für ihn wurde Winterberg von den Königen Wenzel IV., Georg und Ladislaus Postumus von dem Lebensverhältnis befreit; das bestätigte u. a. König Wladislaus, als er auf die Bitte von Peter Kaplirz von Sulewicz am 24.4.1479 Winterberg zur Stadt mit dem Recht wie Pisek (das am 17.3.1327 das Prager Altstadt-Recht bekam) erhob, ihr Ummauerung sowie einen **acht-tägigen Jahrmak**t am St. Prokopius bewilligte. 1554 verkaufte Fer-

dinand I. Winterberg an Joachim von Neuhaus; von ihm erwarb es kurz darauf Wilhelm von Rosenberg. Peter Wok von Rosenberg erweiterte 1598 die Rechte der Stadt, verkaufte Winterberg aber 1601 an Wolf von Kollowrat-Nowohradsky; 1630 gelangte es an die **Engenbergs** und danach an die **Schwarzenbergs**.

Für das älteste Siegel der Stadt ist jenes des Schultheißen mit der tschechischen Umschrift PECZET RICHTARZSKA MIESTA WINTERBERKA und einem Tier im Renaissanceschild, das zwar traditionell als Löwe bezeichnet wurde, jedoch auch die Interpretation als Hund oder Wolf zuläßt, zu halten (kupfernes Typar erhalten; Marcs & Sedláček 372, Fig. 376; Puhani 106 gibt ... RICHTARSKA ... an, ein anderes Expl. ?). Die zeitliche Einordnung könnte problematisch sein. Es heißt zwar » ... der Stadt ... « (... MIESTA ...) Winterberg, also nach 1479, da aber das spätere Stadtwappen vor allem durch einen Turm gekennzeichnet ist, was erst nach der Stadterhebung und der Bewilligung der Ummauerung denkbar



ist, darf man vermuten, daß dieses Siegelbild das ursprüngliche Wappen der Stadt darstellt, dessen Entstehung vor 1479 zu legen ist; es heißt aber auch, daß Winterberg später, nach 1479, eine Wappenverbesserung bekommen habe, wofür jedoch keinerlei Beweise vorliegen. Wann und von wem dieses »alte« Wappen verlie-

hen worden sein könnte, kann man nur vermuten. Schon die Rothlöws, die Winterberg bereits als »Städtchen« hielten, dem vielleicht ein **Siegelrecht** zustand, bedienten sich eines Wappens mit einem auf einem Stufengiebel schreitenden **Leoparden** (Löwen, Hund?), von dem der angebliche Löwe abgeleitet worden sein könnte. In Frage käme aber auch die Zeit unmittelbar nach dem 18.9.1468, als Winterberg, von der **hussitischen Partei** beherrscht, von dem Heer des **Passauer Bischofs Ulrich von Nußdorf** überfallen und eingeäschert, vielleicht auch gewisse Zeit in dessen Gewalt war. Da drängt sich die Vermutung auf, ob als Zeichen der Beherrschung der Passauer Bistums-Wappen-Wolf in das Winterberger Schultheißsiegel eingebracht worden war, der später im Stadtwappen als Hund erscheint; die

Ähnlichkeit des Winterberger Siegeltieres mit den zeitgenössischen Darstellungen des Passauer Wolfes ist als **frappant** zu bezeichnen. Obwohl anzunehmen ist, daß Winterberg gleich nach der Stadterhebung mit einem Wappen bedacht wurde, ist dasselbe erst durch ein Siegeltypar von 1584 belegt, das einen Schild zeigt, in dem ein Turm mit zwei Fenstern und Satteldach erscheint, in dessen offenem Tore mit eindeutig hochgezogenem Gatter ein Hund steht; Umschrift: SIGILLVM MAVIS CIVITATIS WINTERBERGENSIS (Puhani 104 gibt einen Löwen an; Mareš & Sedláček w. o. geben fälschlich ... WINTERBERKENSIS an); das entsprechende kleinere Siegel ist unbekannt. Dem 17. Jh. ist sicher ein anderes kleineres, ovales Siegel zuzurechnen mit dem gleichen Siegelbild, jedoch anders formiertem Turm und der Abkürzung ST:WIN:RG, das vielleicht mit einem größeren, ovalen korrespondiert - GEMEINDEVORSTAND WINTERBERG (Puhani w.o., nicht bei Mareš & Sedláček; Puhani vermerkt auch den Stempel des Bürgermeisteramtes). Die Farben: in Rot auf grünem Boden ein silberner Turm mit schwarzem Satteldach und goldenen Knäufen, im offenen Tor mit goldenem hochgezogenem Gatter ein silberner Hund. Anm.: der im Text mehrfach erwähnte Josef Puhani (1878–1947) ist Autor des 128 Seiten-Werks *Chronologische Notizen zur Geschichte von Winterberg und Umgebung: 1195–1926*.

Muttaschlag im Kreis Neubistritz

Die kleine Ortschaft **Muttaschlag** / Mutyněves, **1255** urkundlich erwähnt, liegt kaum zehn Kilometer ostnordöstlich von **Neuhaus** / Jindřichův Hradec. In dem kleinen Dörfchen gab es hier um 1900 bereits Gasthaus, Gemischtwarenhandlung, Trafik, Mühle und eine Freiwillige Feuerwehr. Mit Hilfe des **Deutschen Schulvereins** erfolgte im Jahr 1901 sogar der Neubau einer einklassigen Volksschule. Vorher gab es eine Expositur der Schule von Ulrichschlag / (Oldřiš. Eine kleine, fast unscheinbar wirkende Kapelle steht zwischen den riesigen Bäumen und verschönert damit den kleinen Dorfanger. Muttaschlag war zur vier km entfernten Pfarre **Blauenschlag** / Blažejov eingepfarrt und ist heute auch Teil dieser Gemeinde. Die **Elektrifizierung** des Ortes Muttaschlag erfolgte bereits im Jahr **1926**; noch zahlreiche andere Dörfer im Bereich Neuhaus wurden zu



Karl Miksch.
 Foto: Parlament.gv.at

der Zeit elektrifiziert, so z. B. das kleine **Höfling** / Dvoreček 1927. Von den rund 150 Einwohnern in den 24 Häusern von Muttaschlag waren im Jahre 1890 noch alle deutsch. 1921, also nach dem Ersten Weltkrieg ergab die Volkszählung schon knapp ein Drittel Tschechen. Obwohl relativ nahe bei Neuhaus gelegen, sank die Einwohnerzahl des Dörfchens nach der Vertreibung unserer Landsleute auf heute nur knapp 30. Neben vielen kleinen Teichen in der Gemarkung Muttaschlag ist besonders der 72 Hektar große herrschaftliche **Muttaschläger Teich** zu erwähnen, der damals so manchen Muttaschlägern einen Nebenerwerb brachte und somit auch für ein kleines Zubrot sorgte. Als bekanntester Muttaschläger ist der am 29. Oktober 1891 geborene **Karl Miksch** zu nennen. Miksch besuchte in Muttaschlag die Volksschule und erlernte den Beruf des Webers. Schon



Muttaschlag am Stefanitag 2021. Foto: Erich Mader

in jungen Jahren zog es ihn dann in das südliche Niederösterreich, wo er sich als **sozialdemokratischer Politiker** engagierte. Als gelernter Weber war Miksch bereits zu Kaisers Zeiten Mitglied der Union der Textilarbeiter Österreichs. Von 1918 bis 1923 war er **Gemeinderat** und **Vizebürgermeister** in Felixdorf. 1934 wurde Karl Miksch nach dem österreichischen Bürgerkrieg zu einer politischen Freiheitsstrafe verurteilt und war mehrere Monate **in Haft** im Anhaltelager Wöllersdorf.

1945 wurde Karl Miksch **Vizebürgermeister** in **Wiener Neustadt** und **Birgerspartei**vorsitzender der SPÖ Wiener Neustadt. Vom 19. Dezember 1945 bis 8. November 1949 war er dazu auch **Abgeordneter zum Nationalrat**. 1946 wurde Miksch zudem noch **Zentralsekretär** der österreichischen Textilarbeitergewerkschaft. Karl Miksch starb am 4. Mai 1965 in seiner Wahlheimatstadt Wiener Neustadt.

Erich Mader

Das Internierungslager in Blauendorf bei Neutitschein

Schon in den ersten Wochen nach der Rückkehr vom Treck im Mai 1945 wurde meine Tante, die Partschendorfer Lehrerin Maria Burkart vom Feld weg, auf dem sie arbeiten mußte, „verhaftet“ und in das Internierungslager Blauendorf verbracht. Wie wir von ihrer Verhaftung erfuhren, kann ich mich als damals 14-Jährige nicht mehr erinnern. Ich weiß aber, dass dort viele Frauen und vor allem auch Lehrerinnen interniert waren. Lageraufseher war der weit und breit berühmte und gefürchtete Kysucan, der in teuflischer Weise Frauen und Männer geschlagen und sadistisch gequält hat.

Irgendwann gab es dann die Möglichkeit, für die dort Inhaftierten immer am Mittwoch ein Päckchen abzugeben, das natürlich vom Wachpersonal genau kontrolliert wurde. Und so machte sich meine Mutter Auguste Rzehak (1904-1988) jeden Mittwoch zu Fuß auf den Weg von Partschendorf nach Blauendorf, um ihrer Schwägerin Maria Burkart ein wenig Zubuße und frische Wäsche zu bringen.

Im Lager Blauendorf war auch Lehrerin Anna Bönisch aus Sedlnitz. In der mir von meiner Tante hinterlassenen Familienchronik findet sich das beiliegende Gedicht. Dazu schrieb meine Tante:

„Meine Kollegin und Schicksalsgefährtin Anna Bönisch verstand es, unsere Gefühle in Worte zu fassen, und ich



Die Teufelsmühle in Blauendorf. Foto: Landesecho

möchte sie hier wiedergeben, im allgemeinen für all die Lieben, die uns in unserer Not beigekommen sind, im besonderen aber zum Lob deiner Mutter.“

Nur wenige Tage vor unserem Aussiedlungstermin (23.7.1946) wurde Anna Bönisch entlassen, nachdem mein Vater Fritz Rzehak (1897-1948), der bereits aus dem Lager Freiberg zur Aussiedlung entlassen worden war, sehr darum gekämpft hatte, dass sie mit unserer Familie aussiedeln durfte.

Hanni Brenner, geb. Rzehak

Der Mittwoch

Der Mittwoch ist der goldene Tag,
da klopft das Herz mit hellem Schlag,
Sobald der erste Morgenschein

bricht durch die dunkle Nacht herein.
All unser Denken geht hinaus
in das geliebte Heimathaus,
wo eben um die gleiche Zeit
die Lieben machen sich bereit
zum Opfergang ins Lager her,
bedrängt von Lieb' und Sorgen schwer.

Und unser Denken Schritt für Schritt
geht stetig mit den Teuren mit.
Jetzt durch das Dorf und übers Feld
dann durch die Stadt in unsre Welt,
bis her, vor's streng bewachte Tor,
wo eins ums andre tritt hervor
die Liebesgaben in dem Arm
für uns bestimmt so liebevoll.
Weit über's Lager fliegt ihr Blick,
ob nicht ein gütiges Geschick
im Arbeitsdienst uns führt vorbei.

Vergebens ist der Sehnsucht Schrei!
Wir hocken hinterm Stacheldraht,
den man um uns gezogen hat
und fühlen es, sie sind uns nah,
von ferne können wir sie ja
verstohlen freilich, manchmal sehn
am Zaune dort vorübergehn,
erreichbar nicht für Ruf und Arm
wie sind wir doch so bettelarm!

Und wieder wandert Schritt für Schritt
mit ihnen unsre Liebe mit;
jetzt durch die Stadt aus unsrer Welt,
nun in das Dorf, weit übers Feld
bis ins geliebte Heimathaus.
Wir aber packen selig aus,
was sie vom Mund sich abgespart
und unsre Herzen pochen hart!
Ein bißchen Marmelade hier,
Kartoffelplätzchen in Papier,
ein Gläschen Senf, ein Säcklein Salz
und da ein ganz klein wenig Schmalz,
ein Zwiebelchen und Knoblauch gar
für Brot und Suppe wunderbar.

Und ist's allein ein Stücklein Brot
wie hilft es uns in unsrer Not!
Wie sind wir doch so bettelarm,
wie macht die Lieb' uns reich und warm!
Der Mittwoch ist der Opfertag,
den Gott den Unsren lohnen mag.

Anna Bönisch

Aus: Mitteilungen Alte Heimat Kuhländchen 1-2022.

Besuch bei einem Glaskünstler

Am 18.12.2021 besuchte ich Landsmann **Erhart F.A. Richter** an seiner Wirkungsstätte in **Aschbach-Markt** bei Amstetten. Nach einer umfangreichen Führung durch die Werkstatt, den Ausstellungsraum und die Besichtigung der Brennöfen konnte ich ein Gespräch mit dem Glaskünstler führen.

Erhart F.A. Richter wurde 17.7.1943 in Wien geboren. Er übersiedelte mit seiner Mutter via Donau und LKW-Transport in das Ennstal. Er stammt aus einer alten Glasbearbeiterfamilie aus **Steinschönau / Kamenický Šenov** in Nordböhmen (Bezirk Tetschen-Bodenbach).

Sein Vater holte die Familie nach Eferding (er arbeitete bei Fa. Schenker) als Buchhalter. Der Vater hatte immer die Vision für den Aufbau einer eigenen Firma mit der Familie.

Einer der Brüder arbeitete als Glaschleifer in Kramsach/Tirol, ein weiterer Bruder bei „Gablöner“.

E. Richter zog zu seiner Cousine nach Zwiesel im Bayerischen Wald und besuchte dort die Glasfachschule für Glasmalerei. Sein Onkel war bei der Firma Rimpler „Fischer Glas“ als Chemiker tätig.

1961 legte er die Gesellenprüfung als Glasmaler ab. Weiter ging es nach Hadamar/Hessen (3 Jahre) wo er die staatliche Glasfachschule besuchte. Er



Selbst entworfene und gebrannte Küchenfliesen.

legte hier die Meisterprüfung als Glas- und Porzellanmaler ab.



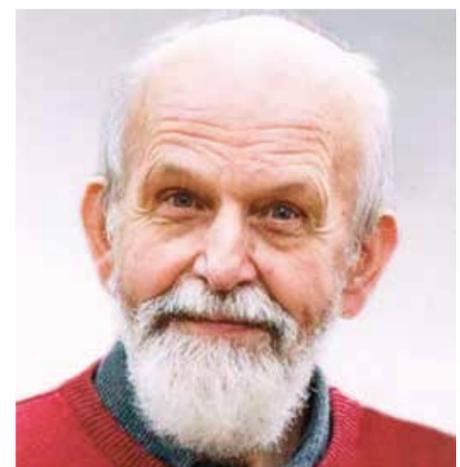
Erhart Richter mit Urkunde seiner Wiener Oma

Start seiner Karriere in der Tätigkeit als Hohl- und Flachglas-Designer. Ab 1971 begann er, eine eigene Werkstatt aufzubauen. Beim Wechsel nach Wien hatte er Schwierigkeiten mit dem Meisterzeugnis – es gab keinen Gewerbeschein. E. Richter ließ sich davon aber nicht beirren und legte in Wien **erneut** erfolgreich die Meisterprüfung ab. In seiner Laufbahn wurden viele Kirchenfenster von ihm gestaltet. Nach und nach kaufte er gebrauchte Utensilien für eine eigene Werkstatt zusammen. Sein **Brennofen** ist ca. 100 Jahre alt. Er begann in einem Lokal im 14. Bezirk auf ca. 50 m². Von Wien übersiedelte er nach **Aschbach-Markt** bei Amstetten ins Mostviertel, denn der

Ort liegt im Zentrum zwischen Oberösterreich und Wien und hat sehr gute Anbindung an den Verkehr.

Seine **Frau Christine** lernte er bei einem Reitturnier bei Amstetten kennen und heiratete am 30.5.1981., d.h. die beiden feierten im Vorjahr die Rubinhochzeit! Am Ende dankte ich Lm. Richter für das Gespräch und wünschte ihm noch viele erfolgreiche Wirkungsjahre.

Franz Wallner



Erik Richter verstorben

Erik Fosrat Arman Richter, der Bruder des Glaskünstlers Erhart Richter (siehe Beitrag auf dieser Seite), ist leider am 26. Dezember 2021 verstorben. Er war seit der Sdd. Jugend aktiv, Familie stammt aus Steinschönau / Kamenický Šenov.

Dankesworte für ehrenvolle Berufung

Vom 22.-23. Oktober 2021 fanden in München im Rahmen der Festveranstaltung der **Sudetendeutschen Akademie** der Wissenschaften und Künste die Klassensitzungen der Mitglieder und des Kuratoriums der Akademie sowie die Plenarversammlung statt. Dabei wurden zwei Personen in die Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste berufen, nämlich die Autorin und Herausgeberin **Jenny Schon** (geb. 16.12.1942 in Trautenau / Trutnov) in die Klasse der Künste und Kunstwissenschaften, sowie der Geograf, Agrarwissenschaftler, Theologe, Kirchenhistoriker und Buchautor **Dr. rer.nat. Dr.theol. Fritz Bertlwieser** (geb. 16.12.1952 in Kollerschlag, OÖ) in die Naturwissenschaftliche Klasse. Welch ein Zufall, dass beide Kandidaten am **gleichen Tag Geburtstag** haben, mit genau zehn Jahren Altersunterschied.

Die Entscheidungsträger der Naturwissenschaftlichen Klasse sowie das Plenum der Akademie stützten sich in ihrer Urteilsbegründung auf zwei Gutachten von Universitätsprofessoren und hoben die Leistungen von Fritz Bertlwieser auf dem Gebiet der Geografie und Agrarwissenschaft hervor, aber betonten auch sein Bemühen, Naturwissenschaft und Theologie zu kombinieren. Das zeigt sich darin, dass Bertlwieser neben geografischen und agrar- und wirtschaftsgeschichtlichen Publikationen über das Obere Mühlviertel auch kirchengeschichtliche Veröffentlichungen über die **Böhmerwaldpfarre Deutsch Reichenau** verfasste, samt der Einbettung in die **Sudetendeutsche Thematik**.

Fritz Bertlwieser nahm diese ehrenvolle Berufung mit großer Dankbarkeit und Freude, aber auch Demut an. Er bedankte sich bei den Entscheidungsträgern, vor allem beim Präsidenten der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste, **Univ.-Prof. Dr. Günther Krejs**, bei den Sekretären **Univ.-Prof. DDr. Elisabeth Fabian** und **Univ.-Prof. Dr. Dieter Fritsch** für die ehrenvolle Berufung in die Akademie, aber auch jenen Professoren, die ihn vorgeschlagen oder positive wissenschaftliche Gutachten erstellt hatten.

(Vgl. dazu die Netzseite der „Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste“- Mitglieder/ Geisteswissenschaftliche Klasse/ Naturwissenschaftliche Klasse/ Klasse der Künste und Kunstwissenschaften).

Foto: Sudetendeutsche Akademie



Topothek Deutsch Reichenau

Konsulent Franz Bertlwieser sammelt seit mehr als 40 Jahren Fotos aus den ehemals **16 Dörfern** der total zerstörten **Pfarre Deutsch Reichenau** bei **Friedberg**, Gemeinde Reiterschlag. Inzwischen ist er im Besitz von rund 6.400 Fotos. Etwa 800 davon wurden in den drei Büchern, die bisher über Deutsch Reichenau erschienen sind, veröffentlicht. Beim ersten Buch „Verlorene Böhmerwaldheimat“ war er selbst Mit-Autor an der Seite seines Bruders Fritz Bertlwieser. Franz sammelte diese Fotos hauptsächlich bei den Vertriebenen mühsam in Deutschland und Österreich zusammen, aber auch bei anderen Personen, die etwa als weichende Erben schon in der Monarchie oder Zwischenkriegszeit nach Österreich gekommen waren. Obwohl von den ehemals rund **430 Häusern** der Pfarre Deutsch Reichenau nur fünf der Sprengung entkommen waren, existiert praktisch von jedem Haus eine **alte, historische Aufnahme**. Und natürlich auch von den ehemaligen Besitzern und deren Familien. Konkret sind es rund 1.150 Ansichten von den ehemaligen Dörfern und Häusern, rund 4.750 Fotos mit Personen (Hochzeitsfotos, Gruppenbilder, Einzelbilder) und 460 weitere Dokumente, die Franz Bertlwieser schön geordnet bei sich aufbewahrt.

Diesen großen Schatz an Bildern macht Franz Bertlwieser seit 2018 in der „Topothek Deutsch Reichenau“ für **jedermann zugänglich** und **einseh-**

bar. Bisher hat er rund 4.600 Bilder in der Topothek hochgeladen und genauestens beschriftet. Bei der Topothek handelt es sich um ein **digitales Onlinearchiv**, das jedermann kostenlos zugänglich ist. Man braucht in einer Online-Suche (z. B. Google) nur das Stichwort „Topothek Deutsch Reichenau“ eingeben, und schon kann man die Bilder sehen. Auf einer Suchleiste kann man zudem ein Stichwort eingeben, z.B. den Namen eines Dorfes oder einer Person, worauf die Suche eingegrenzt wird und man rascher das gewünschte Bild findet. Aber noch warten **rund 2.000 Fotos auf die Veröffentlichung** in der Topothek Deutsch Reichenau.

Ursprünglich wollte Franz Bertlwieser nur historische Bilder, das heißt solche bis zur Vertreibung sowie zur Zerstörung der Dörfer und Häuser in den 1950er Jahren berücksichtigen. Inzwischen hat er aber auch einige dazu genommen, welche Personen bei den **Heimattreffen** zeigen oder bei sonstigen **Familientreffen**. Und natürlich sind auch Fotos dabei, die zeigen, wie sich die **Landschaft heute** nach der Schleifung der Dörfer **darstellt**. Da die Erlebnisgeneration immer kleiner wird, möchte Franz Bertlwieser mit diesen Bildaufnahmen und der Topothek insgesamt bewirken, dass die Nachkommen der Vertriebenen noch bestmöglich in Kontakt bleiben oder sogar **neues Interesse** an der **Heimat ihrer Vorfahren** gewinnen.

Wir haben gelesen

„Weil wir Deutsche waren“ Die Vertreibung mit Viehwaggons 1946

Ein schmales Büchlein, nur 80 Seiten. Auf dem Titel ein großes N - für (Nemec = Deutscher). Horst H. Jüngers Bändchen „Aus der Heimat vertrieben, weil wir Deutsche waren“ gibt vor allem den Nachgeborenen einen Überblick über die Organisation der Vertreibung mit Viehwaggons aus einem Land, „das 800 Jahre Heimat war“. Es verschweigt auch nicht das Ziel, das die Beneš-Clique mit ihrer Politik verfolgte: Die Sudetendeutschen nicht nur aus ihrer Heimat zu verjagen, sondern sie in der Fremde möglichst so zu zerstreuen, dass sie nie wieder zurückkommen würden. Der Autor, 1939 in Schlesisch-Wolfsdorf im damaligen Kreis Neutitschein geboren und 1946 mit Eltern und Geschwistern nach Bayern ausgewiesen, liefert einen knap-



pen, aber prägnanten geschichtlichen Rückblick zum tschechisch-deutschen Spannungsverhältnis, beschreibt die Politik Tomáš G. Masaryks, die Sieger

des 1. Weltkriegs von einer tschechisch-slowakischen Staatsbildung zu überzeugen, dokumentiert die Diskriminierung der Deutschen und schildert „Idee und Plan der Vertreibung“. Wer sich über die skandalösen Raub- und Vertreibungsdekrete im Detail informieren möchte, findet hier eine Übersicht. Zu Recht weist Jünger daraufhin: „Alle Dekrete und Gesetze sind auch nach dem tschechischen EU-Beitritt am 1. Mai 2004 noch gültig.“ Das von der Hausner-Stiftung (München) geförderte Heft des Vereins „Alte Heimat Kuhländchen“ verschweigt nicht die Schwierigkeiten bei der Integration der Vertriebenen in Bayern, zitiert ausführlich aus Protokolltexten zur Organisation der „Ausweisung“ und berichtet über die „Durchschleusung

der Flüchtlingstransporte“ im bayerischen Durchgangslager Furth im Wald, vier Kilometer von der tschechischen Grenze entfernt. Für die sogenannte Erlebnisgeneration ist Jüngers Büchlein eine Erinnerung an das Trauma von 1946/47, für die Nachgeborenen eine Informationsquelle über ein Geschehen, das nach und nach aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verschwindet. Die SL hat den Autor 2019 mit der Verleihung der Rudolf-Lodgman-Plakette geehrt.

Horst H. Jünger: „Aus der Heimat vertrieben, weil wir Deutsche waren“, Verein heimattreuer Kuhländler e.V., Schafäckerweg 16, 691168 Wiesloch, 80 S., Vertrieb GHV Verlag, Bad Schussenried, ISBN 978-3-87336-736-4, 12,90 Euro

Das Prager „Blutgericht“ 1621

2021 jährt sich zum vierhundertsten Mal das Gedenken an das Prager „Blutgericht“, das am 21. Juni 1621 auf dem Platz vor dem **Altstädter Rathaus** exekutiert wurde. Eine polarisierende nationale tschechische Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts erblickte in den Ereignissen alleine einen **Unterdrückungsakt** gegen das tschechische Volk und seine Freiheit. Das „Blutgericht“ steht aber eng im Zusammenhang mit den Folgen der **Schlacht am Weissen Berge** und den Ereignissen, die zu dieser Schlacht führten. Der Beginn des dreissigjährigen Krieges wird mit dem „Zweiten Prager Fenstersturz“ am **23. Mai 1618** in Verbindung gebracht. Vorausgegangen waren **konfessionelle Streitereien**. Wegen der umstrittenen Schliessung eines **evangelischen** Gotteshauses kam es zunächst innerhalb Böhmens auf lokaler Ebene zu einem Streit unterschiedlicher Konfessionen, in den schliesslich das ganze Land mit hineingezogen werden sollte. Der Kaiser wollte die Situation beruhigen, indem er ein Verbot der **Adelsversammlungen** verfügte. Aufgebrachte **protestantische Adelige** drangen daraufhin in die **Prager Burg** ein und **warfen drei Vertreter** der **kaiserlichen** Verwaltung kurzerhand aus dem Fenster. Der Kaiser traf darauf hin militärische Vorbereitungen, um gegen die aufsässigen Adelige vorzugehen. Das hatte eine Abwendung der böhmischen Adelige vom **Hause Habsburg** zur Folge. Es kam zur **Ständerevolution**. Die Aufständische Adelpartei erhielt Hilfe von vielen Seiten und die Erhebung gegen den Kaiser gestaltete sich zunächst erfolgreich. Die Meinungsverschiedenheiten sollten bei einem **Vermittlungsversuch** in **Eger** aus der Welt geschafft werden, Doch ehe eine Verständigung erreicht werden konnte, **verstarb Kaiser Matthias** am **20. März 1619**.

Als sein Nachfolger **Kaiser Ferdinand II.** die Regierung antrat, waren die böhmischen Stände nicht gewillt, erneut die Herrschaft eines Habsburgers anzuerkennen. Stattdessen wählten die Vertreter **der böhmischen Stände** am **26. August 1619** den jungen **Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz** zum **böhmischen König**. Die Krönung fand am 4. November 1619 in **Prag** statt. Friedrich war **calvinistisch** geprägt, was sich zum Nachteil des **Luthertums** auswirken sollte. Dazu kam, dass die Radikalität von calvinistischen **Bilderstürmen abschreckte**. Es kam zu zerstörerischen Exzessen, bei denen in **katholischen** Kirchen Heiligenfiguren und Kruzifixe unter Abhaltung von Schmäherden **ruiniert wurden**. Diese Radikalität und die Benachteiligung des Luthertums, brachte den jungen König um die Unterstützung der **Lutheraner** im eigenen Land, wie auch um die Hilfe der lutheranischen Fürsten im **benachbarten Deutschland**. Nach kurzer Zeit war der neue König Friedrich **völlig isoliert** und sah sich allein einem **Bündnis** zwischen **Habsburg**, der **katholischen Liga**

und dem **polnischen König** gegenüber. Ein weiterer Grund für die rasche Niederlage des so genannten „Winterkönigs“ dürfte in dem Umstand liegen, dass die Stände über **keine** Unterstützung in der **Bevölkerung verfügten**. Der Adel wurde als Grossgrundbesitzer und Unterdrücker wahrgenommen, der kompromisslos auf seine Vorrechte pochte und seine Abgaben einforderte. Die rasche Isolation des „Winterkönigs“ und die mangelnde Unterstützung im eigenen Land waren die beiden Hauptauslöser für die rasche Niederlage. Die kaiserliche Armee war schnell herbeigeeilt, die Schlacht am Weissen Berg schon nach **zwei Stunden entschieden**, während man auf der Prager Burg noch tafelte. Als der junge König seinen kämpfenden Truppen zu Hilfe kommen wollte, traf er nur noch auf **fliehende Soldaten**. Die Stadt Prag ergab sich am 11. November 1620. Das **Ständeheer** war **vernichtend geschlagen** worden.

Was nun folgte, war eine **grausame Abrechnung** mit den Aufständischen. Nur wenigen gelang die Flucht nach **Sachsen** oder **Schlesien**. Andere hofften auf Gnade, auf eine Generalamnestie. Schon zwei Tage nach dem Fall Prags hatten sich die Häupter der Stände versammelt. Diese Versammlung erkannte **Ferdinand II.** als rechtmässigen **König von Böhmen** an und **bat um Gnade**. Darauf folgte ein Vierteljahr **Ungewissheit**. Am 20. Feber 1621 kam die Gewissheit, dass es **keine Gnade** geben werde. Alle **Führer der Ständerevolution**, derer man **habhaft** werden konnte, wurden **eingekerkert**. Was dann folgte, ist als „Blutgericht“ in die Geschichte Böhmens eingegangen. Der böhmische Historiker **Ludwig Schlesinger** schreibt darüber: „Ein schauerliches Blutgericht war es in der That, das über die Männer des Aufstandes nach mannigfachen **Verhören** und **Bekehrungsversuchen** am **21. Juni 1621** früh um **5 Uhr** auf dem Platze vor dem Altstädter Rathause vorgenommen wurde. Von den **48 Verhafteten** waren **27 zum Tode**, die übrigen zu qualvollen und schimpflichen Strafen verurteilt worden. Es waren durchwegs Männer im gereiften Alter, darunter Greise, die bereits mit einem Fusse im Grabe standen; der jüngste war der **vierzigjährige** Bürgermeister **Johann von Kutnauer**, ein **Deutscher** seiner Nationalität nach.“ Die Bemerkung Schlesingers, dass der Bürgermeister ein Deutscher war, war dem Umstand geschuldet, dass im tschechischen Nationalbewusstsein das Prager Blutgericht noch dreihundert Jahre später als ein schwarzer Tag für die **tschechische Nation** galt, obwohl sich unter den 27 Hingerichteten **auch Deutsche** befanden. Das belegen die zehn deutschen Namen der Hinrichtungsliste. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass zur damaligen Zeit die Namen noch nicht unbedingt etwas über das persönliche nationale Zugehörigkeitsgefühl ausgesagt haben. Die Hingerichteten empfanden



sich wohl in erster Linie nicht als Tschechen oder Deutsche, sondern insgesamt **als Böhmen**. Dennoch wurde 300 Jahre später dieses Tages **immer nur aus tschechisch-nationaler Sicht** gedacht, indem von der tschechischen Prager Bevölkerung Blumen an der Hinrichtungsstelle niedergelegt wurden.

Die Ereignisse rund um die Schlacht beim Weissen Berge mit dem folgenden Blutgericht sind wichtige Bestandteile des **tschechischen Nationalmythos** geworden. Für diese Art der Geschichtsbetrachtung markieren diese Ereignisse den Niedergang der tschechischen Nation. Es kam tatsächlich zu einem völligen Umschwung in religiöser und machtpolitischer Hinsicht. Der **Adel wurde entmachtet** und der **Absolutismus katholischer Prägung etabliert**. Die **Gegegenreformation** wurde mit allem Nachdruck durchgeführt. Als sich schliesslich das Kriegsglück immer mehr der katholischen Seite zuneigte, wurde ab **1624** die gesamte Bevölkerung zum **Übertritt** zum **katholischen Glauben gezwungen**. **Lutherische Pfarrer** wurden des Landes **verwiesen**. Hinzu kam, dass der Besitz von Aufständischen **enteignet** und Katholiken übergeben wurde. Diese rigiden Massnahmen, so erfolgversprechend sie den damaligen kirchlichen und weltlichen Machthabern vorgekommen sein mögen, erwiesen sich in der Zeit des nationalen Wiedererwachens als schwere Hypothek für den Katholizismus in Böhmen.

Das Prager Blutgericht war **kein Verbrechen** von Deutschen an Tschechen, wie es der Nationalismus des 19. Jahrhunderts vereinfachend und verzerrend zu kolportieren sich veranlasst sah. Das Prager Blutgericht war in erster Linie die Rache eines Siegers über die Besiegten, wie sie in jener Zeit gar nicht so unüblich war. Man denke an den wenig zimperlichen Umgang der katholischen Seite mit den unterlegenen Hugenotten in Frankreich. Auch Hugenotten wurden ermordet, hingerichtet, enteignet und vertrieben, ähnlich wie es die böhmischen Protestanten erleben mussten. Der Hauptgrund lag in der **Anmassung der Siegerseite**, mit den Besiegten nach Belieben verfahren zu wollen. Das Hauptmotiv war wahrscheinlich sogar weniger genuin religiöser Art. Religiöse Spaltungen innerhalb der Länder hatten häufig eine Schwächung nach aussen zur Folge. Es musste mit Aufständen und internen Machtkämpfen gerechnet werden, wozu die Religion leider oft genug einen willkommenen Anlass bot. Religion wurde zur Machterweiterung missbraucht.

Des Weiteren kann gesagt werden, dass mit dem Blutgericht nicht eine Zeit der Freiheit beendet worden ist, wie es von tschechisch nationaler Seite gerne behauptet wurde. Wie der Historiker Ludwig Schlesinger schon bemerkt hat, fehlte den aufständischen Adelige die Unterstützung der **breiten tschechischen Bevölkerung**, weil die Adelige auf ihren Gütern sehr wohl als **Ausbeuter** und **Unterdrücker** erlebt wurden. Die Einführung der katholischen Monarchie war nicht die Ablösung der Freiheit durch die Tyrannei, sondern eher die Ablösung einer Gewaltherrschaft durch eine andere, die sich allerdings effizienter ihrer Machtwerkzeuge bedienen konnte.

Und schliesslich dürfte, so unglaublich sich das in tschechisch-national orientierten Ohren auch anhören mag, der Sieg der katholischen Seite die tschechische Nation **vor dem Aufgehen** in das **deutsche Sprachgebiet** bewahrt haben. Denn die im Norden an Böhmen angrenzenden Länder Sachsen und Schlesien waren protestantisch und gehörten zu den am dichtest besiedelten Gebieten in ganz Europa. Bei einem Sieg der protestantischen Seite wäre eine starke Einwanderung aus dem deutschsprachigen Norden in das südliche Böhmen wahrscheinlich gewesen. Möglicherweise wäre die deutsch-tschechische Sprachgrenze bei **Melnik** durch die protestantische Einwanderung aus dem Norden so weit nach Süden gedrückt worden, dass **Prag keine Deutsche Sprachinsel** im tschechischen Sprachgebiet mehr gewesen wäre, sondern in das **deutsche Sprachgebiet integriert** worden wäre, wie es bei Brünn in Mähren noch bis zur Industrialisierung der Fall war. Möglicherweise hätten die Tschechen somit **auf Dauer ihre Mehrheit** in Böhmen **verloren**. Diese Gedanken sind deshalb nicht von der Hand zu weisen, weil sehr wohl nachweisbar ist, dass die Einwanderung aus den deutschsprachigen katholischen Ländern ins südliche Grenzgebiet nur wenig zu Ungunsten des Tschechischen Sprachgebietes ausfiel. Lediglich **Böhmisch Krummau**, weit im Süden Böhmens gelegen, wurde zu einer **deutschsprachigen Stadt**.

Bleibt zu hoffen, dass aus Anlass des vierhundertjährigen Jubiläums des Prager Blutgerichtes **weniger nationale Befindlichkeiten eine Rolle spielen**, wie dies in der **Vergangenheit beim Gedenken** an diese historische Begebenheit **geschehen ist**.

*Pfarrer Dr. Helmut Gehrman
(Wurzeln in Ostpreußen)*

Der Kniefall von Warschau und die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung – wie sie Willy Brandt rückblickend sah

Der Kniefall des SPD-Bundeskanzlers Willy Brandt ging in einem Foto in das Gedächtnis von Millionen Menschen und in die Geschichte ein. Er ist vielleicht mit Bildern wie der Hindenburg-Hitler-Begegnung in Potsdam und des Treffens von Gorbatschow mit Bundeskanzler Helmut Kohl im Kaukasus vergleichbar.

Allerdings bestehen hier beträchtliche Unterschiede: Willy Brandt fiel vor einem Denkmal auf die Knie, das an den gescheiterten Aufstand im jüdischen Ghetto von Warschau erinnert.

Dieser war nach seinen eigenen Worten in den 1988 erschienenen „Erinnerungen“ (Siedler-Verlag) „nicht geplant.“ (s. Seite 211 ff)

Er war „Ersatz für die dort versagende Sprache“ angesichts des NS-Kriegsverbrechens an der jüdischen Bevölkerung im besetzten Polen.

Die Ostpolitik der SPD und der FDP, letztere durch Walter Scheel vertreten, war schon Jahre vorher immer deutlicher von der Aufgabe von Rechtspositionen und entsprechenden politischen Forderungen bestimmt worden.

Auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg im März 1968 war die Partei schon für die „Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie“ eingetreten. Man wollte dadurch eine Aussöhnung mit Polen erreichen, unabhängig davon, dass dieser Staat kommunistisch, von der Sowjetunion abhängig und in einem der Bundesrepublik Deutschland und der NATO-Staaten feindlichem hochgerüsteten Militärbündnis (Warschauer Pakt) eingebunden war.

Die übergreifende Formel gegenüber allen kommunistischen Staaten war die zugesagte Verpflichtung auf einen Gewaltverzicht, der jedoch als eine politisch-rechtliche Anerkennung der



nach 1945 von den drei Siegermächten festgelegten Demarkationslinien als endgültige Grenzen gesehen wurde.

Gebietsansprüche über den jeweiligen Status quo hinaus im Hinblick auf einen rechtlichen und politischen Zustand, wie er 1937 in Mitteleuropa bestand, sollten nicht mehr vertreten werden. In Brandts „Erinnerungen“ und seiner damaligen Politik spielte die Vertreibung von Millionen Menschen aus ihren angestammten Heimatgebieten so gut wie keine Rolle.

Von den bisher von deutscher Seite vertretenen Rechtspositionen hielt er auch nichts. Er bezeichnete diese als „eingebildete Rechtsansprüche“, sprach von „trügerischer Juristerei“, er habe „die These vom prinzipiell ungeschmälernten Fortbestand des Deutschen Reiches für Unfug gehalten“. Für Brandt war es eine „lebenslügnerische Vorstellung“, dass „1945 nicht auch der Staat zugrunde gegangen sei“.

Seine Grundeinstellung zur Lage des geteilten Deutschland (dreigeteilt niemals!) wird in dem Satz deutlich:

Die „Wiedervereinigung gerann zur Lebenslüge der 2. deutschen Republik.“ (s. Seite 157 f)

Nichtexistenten Rechtspositionen auf deutscher Seite standen nach seiner Meinung polnische Interessen und neue Rechte gegenüber „In Polen war die Oder-Neiße-Grenze zur nationalen Frage schlechthin geworden.“ Und weiter: „Das verletzte Heimatrecht von Millionen Deutscher wurde abgelöst durch ein solches der nach Westen umgesiedelten und der dort nachgeborenen Polen...“

Brandt kam in der Bereitschaft nach Polen, die neue polnische Westgrenze vertraglich hinzunehmen.

Davon ließen sich die SPD- und FDP-Politiker weder von Rechtspositionen noch von der Kritik der deutschen Vertriebenenverbände abbringen. Diese waren politisch und gesellschaftlich zu schwach, im Deutschen Bundestag zu gering vertreten, um ihre bestehenden Rechte außer durch Proteste einzufordern. Gegenüber allen Deutschen waren und blieben sie in einer Minder-

heitenposition, auch in den Kirchen und Medien.

Der Versuch der Abwahl der Regierung Brandt/Scheel scheiterte knapp. Brandt sah wohl den Verlust von ¼ des deutschen Staatsgebietes (von 1937), den Vermögensverlust der deutschen Vertriebenen, ihren „großartigen Beitrag zum Wiederaufbau“ sowie die Aussiedlungswünsche der in den Ostgebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung. Von Gomulka andererseits waren 10 Millionen Polen mit Wiedergutmachungsforderungen (ca. 180 Mrd.) trotz des schon Jahre vorher beschlossenen Reparationsverzichts genannt worden.

Brandt war 1988 davon überzeugt, dass kein Unrecht legitimiert, keine Gewalttat gerechtfertigt und die Vertreibung der Ostdeutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten nicht gutgeheißen wurde. „Man kann nicht weggeben, was einem nicht mehr gehört. Man kann nicht über etwas verfügen, über das die Geschichte verfügt hat ...“

Diese Auffassungen decken sich mit den Äußerungen Carlo Schmid, der vom ius nudum (dem nackten Recht) und der ominösen „Axt der Geschichte“ sprach.

Man hoffte auf eine Entlastung im West-Ost-Verhältnis, auf Entspannung, die Verbesserung der Lage Berlins sowie mögliche positive Entwicklungen im deutsch-deutschen Verhältnis.

Die Rechte der Vertriebenen hat man geringer gewichtet und die Machtfrage zum Ausgangspunkt der Ostpolitik genommen, alles weitere aber dem Gang der Weltgeschichte und dem Willen der Völker in Mittel- und Osteuropa überlassen.

Rüdiger Goldmann

Foto: Willy Brandt Stiftung

Donauschwäbischer Fluchtwagen im Museum in Vöcklabruck

Von der Salzburger-Straße gut sichtbar ist vor dem Museumsgebäude ein aufgestellter „Fluchtwagen“ aufgestellter - ein starkes Symbol für Flucht und Vertreibung und ein Hinweis auf unser Museum.

Die Familie Eder aus Schwanenstadt war die treibende Kraft für den Erhalt, die Restaurierung und Ausstellung dieses Objektes. Mit solchen Wägen, viele mit Planenabdeckungen, gezogen von Pferden oder Ochsen, flüchteten tausende Familien 1944 in wochenlangen Märschen, so genannten „Trecks“ aus den südöstlichen Gebieten Europas: aus Siebenbürgen, aus Syrmien, dem Banat, der Batschka u. anderen deutschsprachigen Regionen. Die Bevölkerung ganzer Ortschaften wurden auf Befehl der deutschen Wehrmacht „evakuiert“. Strecken, Meldestellen, Grenzübertritte usw. waren meist vorgegeben. Eines dieser Gefährte kam mit der Familie Pfeifer aus Wukowar /



Vukovar in Syrmien in die Gemeinde Pitzenberg zu einem Bauernhof in Lixing. Hans Treibenreif † entdeckte diesen Wagen in desolatem Zustand unter Gerümpel und Heu.

Nach Kontakt mit den donauschwäbischen Vertretern im Museumsverein wurde er vom Tischler Treibenreif restauriert. Am 14. November 2004, anlässlich der Gedenkfeier „60 Jah-

re Flucht aus der Heimat“ erfolgte die Aufstellung des „neuen“ alten Wagens. In diversen Ansprachen, u.a. auch vom damaligen Bürgermeister Mag. Brunsteiner, wurden die Verdienste der Heimatvertriebenen am Wiederaufbau Österreichs gewürdigt und auch für die gelungene Integration gedankt. Ein ökumenisches Totengedenken für alle Opfer von Flucht und Vertreibung

beendete den Festakt im Freien. In den Museumsräumen fand diese Feier bei Musik, Lesungen, Gesang und Buffet einen würdigen Abschluss.

Obwohl der Fluchtwagen in den Wintermonaten anderswo untergebracht war, erkannte man, dass die Witterung zu viele Schäden verursacht. 2009 gelang es mit Unterstützung von Land OÖ, Stadtgemeinde Vöcklabruck, umliegender Gemeinden und zahlreicher Sponsoren eine Art Vitrine aus Glas zu errichten und damit den Wagen ganzjährig geschützt zu präsentieren.

Der ausgestellte Fluchtwagen ist eine Dauerleihgabe von Frau Aloisia Mairinger und Quirchmair-Katterl aus Pitzenberg.

Öffnungszeiten: 1. April bis 31. Oktober jeweils mittwochs von 09.30 bis 11.30 Uhr

Kontakt: Ing. Manfred Stiedl, 0664 1100746, ms.stiedl@asak.at

Reise nach Wichstadt im Zeichen der Versöhnung

Vom 29.09.-04.10.2021 fuhren 32 ehemalige Bewohner aus verschiedenen Teilen Deutschlands und Österreichs voller Erwartungen nach **Wichstadt** / Mladkov bei **Grulich** / Králíky in Ostböhmen, dem Geburtsort der berühmten Schriftstellerin Gudrun Pausewang (1928 – 2020). Versöhnung der beiden Volksgruppen mit dem Unrecht der Vergangenheit stand als Thema über dieser Reise.

Sanierung und Erneuerung ab 1990

Während der Amtszeit von Frau Bürgermeisterin Rosová konnte das Kriegerdenkmal aus dem Ersten Weltkrieg saniert und mit einer neuen Tafel versehen werden, die in beiden Sprachen an die Gefallenen erinnert. Am Friedhof wurde ein Denkmal errichtet, mit der Inschrift: „Den unsinnigen Opfern der beiden Weltkriege“, ebenfalls zweisprachig. Bei unserer Sternwallfahrt 1994 zur 650-Jahrfeier des Heimatortes wurden wir nach dem Festgottesdienst von Bürgermeisterin Rosová im Gemeindesaal bewirtet, das Essen hatten die Frauen des Ortes zubereitet. Zur Amtszeit von Bürgermeister Šmok stand 1994 die Sanierung des maroden Kirchdaches an. Wir übergaben Herrn Bürgermeister Šmok und Herrn Pfr. Bažant zu diesem Zweck eine Spende in der Höhe von € 1.200. Seit 1995, dem 50 Jahrestag der zwölf ermordeten deutschen Bewohner vom 22.05.1945, befindet sich eine Gedenktafel aus weißem Marmor aus den lokalen Steinbrüchen aus Mohrau mit Namen der Toten in der Kirche in Wichstadt.

Begegnung im Dreiländereck

Kaum hat das Jahr begonnen, lockt schon der **72. Sudetendeutsche Tag**, der wieder zum traditionellen Pfingsttermin stattfinden wird, und zwar von 3. bis 6. Juni 2022 in Hof und in der Euregio Egreensis. Das große Volksgruppentreffen steht unter dem Motto „**Dialog überwindet Grenzen**“. Volksgruppensprecher **Bernd Posselt** erläuterte die vom Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft einstimmig getroffene Wahl des Themas und des Ortes so: „Die teils willkürlichen, auf jeden Fall aber schmerzlichen Grenzschiebungen haben vor allem uns Sudetendeutsche daran erinnert, wie schlimm die Trennung unserer Volksgruppe von der Heimat durch die Vertreibung und den Eisernen Vorhang war. Der europäische Aufbruch nach 1989 und die von führenden Sudetendeutschen mit begründeten grenzüberschreitenden Euroregionen schienen



Segnung des Grabsteins der ermordeten Deutschen. Foto: Ellen Pfeiffer

Zu unserer Überraschung, setzte Herr Bürgermeister Šmok etliche Jahre später, mit Arbeitern der Gemeinde in der Nähe des Massengrabes der ermordeten Deutschen einen großen Monolith, sichtbar von der nahen Straße aus. Ebenso renovierte die Gemeinde eine kleine Waldkapelle namens zum **Guten Hirten**.

Eine Gedenktafel, die an die Gefallenen und Vermissten der beiden Weltkriege erinnert, erstellten die Brüder **Josef** und **Hermann Pietsch**. 2017 wurde diese in der Kirche in Wichstadt angebracht.

Unser letztes sehr heikles Thema 2018 war die **würdige Gestaltung** der beiden Massengräber. Nach Zusage 2019 steht nun auf jedem ein Kreuz und eine Stele mit den Namen der Ermordeten.

Unsere Reise 2021

Der Anlass unserer Reise 2021 war es, neun Menschen offiziell zu ehren und ihnen zu danken. Denn durch

gefährdet, neu gewachsene Bindungen zu unserer Wurzelheimat drohten auch für unsere jüngeren Generationen verloren zu gehen. Deshalb sind wir glücklich, einen Sudetendeutschen Tag im Dreiländereck zwischen Bayern, Sachsen und Böhmen durchführen zu können.“ Traditionelle und neue Veranstaltungsformen des Sudetendeutschen Tages sind von Freitag 3. bis Sonntag 5. Juni 2022 in der **Freiheitshalle von Hof** geplant. Dem sollen zwei „Sudetendeutsche Wochen“ mit interessanten Einzelveranstaltungen vieler Träger in der ganzen Euregio Egreensis vorschaltet werden. Erstmals dauert die Begegnung **bis Pfingstmontag**. Der 6. Juni ist denen, die Lust dazu haben, für Ausflüge und eine Gebetswallfahrt für Frieden und Verständigung vorbehalten. Weitere Einzelheiten zum Programm werden wir in den kommenden Ausgaben verkünden.

deren Verständnis und Hilfe und durch die Aufarbeitung vergangenen Unrechts konnten Monumente und Gedenktafeln als sichtbare Zeichen der Versöhnung entstehen.

Am Freitag, 1. Oktober wurde unser Team vom Herrn Bürgermeister gastfreundlich im Rathaus empfangen. Nachmittags begleitete er uns mit einigen Ortsbewohnern zum Massengrab, wo wir der Toten namentlich gedachten, beteten sowie Grab und Grabstein segneten. Abschließend sangen wir unser Heimatlied: „Tief em Toole...“ gedichtet und vertont vom ortsansässigen, langjährigen Oberlehrer **Julius Pausewang**. Leider konnten wir das zweite Grab wegen ungeklärter Wegverhältnisse nicht besuchen.

Wir folgten der Einladung zur Besichtigung einer Ausstellung, die Herr **Miloš Taraška**, der in den letzten Jahren mit Hilfe der Ortsbewohner Fotos, Dokumente und Gegenstände aus unserer deutschen Zeit zusammengetragen hatte und in Schaukästen und Wandtafeln präsentiert. Ebenso dokumentierte Herr Taraška unsere Ortsgeschichte

sehr einfühlsam in einem Buch.

Am Samstag, 2. Oktober, dem Tag der Schutzengel feierten wir einen zweisprachigen Dankgottesdienst in der Pfarrkirche in Wichstadt. Anschließend überreichten die Brüder Josef und Hermann Pietsch Ehrenurkunden mit einem Geschenk an neun Frauen und Männer, darunter Herrn Bürgermeister **Roman Studený**, und seine beiden Vorgänger Herrn Šmok und Frau Rosová.

Herr **Günter Wytopyl**, unser Landschaftsbetreuer vom oberen Adlergebirge, brachte in seinem Dank die besondere Bedeutung dieses Tages zum Ausdruck, dass das, was über viele Jahre hier in einfühlsamer Zusammenarbeit zwischen den beiden Volksgruppen entstanden ist, Vorbildcharakter über diesen Ort hinaus hat. So etwas ist einmalig. Dazu kann man nur gratulieren und hoffen, dass es über diesen Ort hinaus wächst. Sr. Theresita erwähnte in Ihren Dankesworten an die Gemeinde das Leben der **Hl. Agnes von Böhmen**, die ihre Lebensaufgabe als Brückenbauerin sah zwischen den unterschiedlichen Strömungen und Menschen im damaligen Böhmen. Dieses kostbare Vermächtnis Brücken zu bauen, hat uns alle, die wir böhmische Wurzeln haben, die hl. Agnes als Auftrag hinterlassen, damit wir ihn weitertragen, über unsere engen Grenzen hinweg, wegbereitend zu einem Europa, in dem jeder in Frieden und Freiheit leben kann. Dazu möge die Hl. Agnes uns helfend zur Seite stehen.

Sr. Theresita Wanitschek OP
(Text und Foto)

(aus Mitteilungen 4 / 2021 Sdd. Priesterwerk, S. 17-19)

Tribüne der Meinungen

Zur tschechischen Dauerausstellung „Unsere Deutschen“ in Aussig an der Elbe

Der Titel der tschechischen Dauerausstellung in Aussig an der Elbe, die an das Wirken und die Vertreibung der Sudetendeutschen erinnern soll, bezieht sich auf den ersten Präsidenten der Tschechoslowakei, **Tomáš G. Masaryk**, der 1918 die Deutschböhmen als „unserer Deutschen“ bezeichnet hatte.

Wie wenig diese freundlich daherkommende Sentenz der realen Lebenswelt der Sudetendeutschen entsprach, beweist nicht nur der Umstand, dass die gegen ihren Willen in den neuen Staat Tschechoslowakei hineingepresste Volksgruppe von Anfang an diskriminiert und mannigfach benachteiligt wurde. Das manifestierte sich unter anderem im Schulwesen, bei der Bodenreform, in der staatlichen Industriepolitik, beim Zuschnitt der Wahlkreise oder bei den Arbeitschancen im öf-

fentlichen Dienst. Im **März 1919** erschoss tschechisches Militär über fünfzig Sudetendeutsche und verletzte Hunderte von ihnen schwer, nur weil sie friedlich für das ihnen verweigerte **Recht auf Selbstbestimmung** demonstrierten. Schließlich war es auch Masaryk selbst, der seinen Ausspruch von „unseren Deutschen“ widerlegte. So hoffte er in einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Matin“ vom 12. Jänner 1919 auf „eine sehr rasche Entgermanisierung“ der von den Sudetendeutschen bewohnten Gebiete seines Landes. Nun, dieser Wunsch nach „Entgermanisierung“, den die Tschechen schon während der Hussitenkriege im 15. Jahrhundert hegten, wurde 1945/46 mit der Vertreibung erfüllt. Vor diesem geschichtlichen Hintergrund kann der Ausstellungstitel „Unsere Deutschen“ nur als ein Akt purer Heuchelei eingestuft werden.

Dr. Walter Kreul, D-Germering

Heimatsnachmittag im neuen Vereinslokal

Das erste Treffen des Böhmerwaldbunds in Wien fand am Samstag, dem 22. Jänner 2022, im neu entdeckten Vereinslokal „Restaurant Böhmerwald“ am Wiener Wiedner Gürtel, gegenüber vom Hauptbahnhof, statt. Die Lokalpächterin begrüßte uns gleich und war sehr angetan von unserem selbst gestalteten Tischschmuck - welcher noch nachträglich das Neue Jahr betraf. Bis auf wenige Ausnahmen (wegen Krankheit- und Corona-Befürchtungen) waren wieder unsere Stammgäste erschienen, darunter auch unser Ehrenmitglied, Alt-Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Wien und Niederösterreich, Landsmann Kutschera mit Gattin.

Nach Begrüßung und dem Abspielen einer Aufnahme der Heimathymne „Tief drin im Böhmerwald“, gesungen von Peter Alexander, gab der Obmann Direktionsrat Franz Kreuss einen Überblick über das vergangene Vereinsjahr und die Mitglieder- und Finanzentwicklung. Der Mitgliederstand blieb unver-



ändert (keine Todesfälle im Jahr 2021), das Vereinsvermögen wurde durch eine äußerst großzügige Zuwendung eines Mitgliedes, welches aber anonym bleiben möchte, verdreifacht. So können wir hinkünftig vermehrt einerseits das Böhmerwaldmuseum in Wien unterstützen und die Heimatsnachmittage sowie Geburts- und Ehrentage besonders gestalten. Da wegen der Corona-Beschränkungen keine Weihnachtsfeier im Dezember 2021 möglich war wurde nun diesmal der hierfür vorgesehene Weihnachtswein nachträglich zur großen Freude der Anwesenden verteilt. Auch erhielten die Geburtstagskinder

des Monats Jänner (neben den bereits übersandten Buch- und Bonbon-Geschenken) ihren Geburtstagswein. Mit dem Vortrag einiger humorvoller Gedichte im Wiener Dialekt (von Josef Weinheber) bzw. auch im „Behmischen Dialekt“ (Schillers Taucher) und dazwischen wieder schönen Böhmerwaldliedern aus dem CD-Player verging die Zeit wie im Fluge. Die ausgezeichnete, auch speziell böhmische Küche des Restaurants überraschte uns mit einmaligen Speisen und vor allem auch Mehlspeisen, denen reichlich zugesprochen wurde. So ging das erste Treffen im neuen Vereinslokal, welches so sinnig unseren Heimatnamen „Böhmerwald“ trägt, erfolgreich zu Ende und man freut sich schon auf die Faschingsfeier am 19. Februar, wo möglichst kostümiert erschienen werden sollte. Auch wird mit Filmvorführung für beste Unterhaltung gesorgt werden

Ehrung für verdienten Pädagogen

Ing. Johannes Weishäupl, BEd, Pädagoge an der Technischen Fachschule Haslach, erhielt im November eine ganz besondere Ehrung, er wurde von der Industriellenvereinigung mit dem „Teacher's Award“ ausgezeichnet. Und die Vorgeschichte dieser Ehrung kann sich ebenso sehen lassen: Im Schuljahr 2020/21 entwickelte Weishäupl mit seinen Schülern im Elektrotechnik-Unterricht eine Anlage zur Luftgütemessung. Für dieses Projekt erhielt er bereits den Edison-Preis 2021. In weiterer Folge bescheinigte die Industriellenvereinigung mit einem Qualitätszertifikat, dass die Einreichung für den IV-Teacher's Award 2021 den wissenschaftlichen Qualitätskriterien in der Kategorie „MINT“ – Begeisterung für Technik und Innovation entspricht. Der Teacher's Award der Industriellenvereinigung wird seit 2008 von der Industrie für herausragende Leistungen von Lehrkräften sowie innovative Unterrichtsideen vergeben. Dieses Qualitätszertifikat der Industriellenvereinigung verleiht auch der engagierten Arbeit von Weishäupl eine besondere Wertschätzung, worüber sich auch seine Schüler sowie die Direktorin freuen dürfen.

Johannes Weishäupl wuchs in Ödt bei Haslach, direkt neben der tschechischen Grenze, auf. Er ist übrigens ein **Sohn von Johann Weishäupl**, der aus **Rosenau**, Pfarre Deutsch Reichenau – gleich drüber der Grenze gelegen – stammt und nach der Vertreibung in Ödt sesshaft wurde. Johann Weishäupl ist ja seit vielen Jahren ein erfolgreicher Teilnehmer bei den **Sudetendeutschen Schimeisterschaften**, ebenso wie seine Söhne Manfred und Johannes, seine Tochter Petra samt ihren Kindern, sowie seine Neffen Otto, Richard und Gerhard Weishäupl samt deren Gattinnen und Kindern/Schwiegerkindern. Foto: TFS Haslach



LIFTE IN LACKENHOF AM ÖTSCHER FAHREN WIEDER!

In der Jänner-Nummer wurde berichtet, dass eine Schließung der Lifte erfolgen soll. Dagegen gab es unzählige Proteste (allein im Scheibbser Bezirk sollen an die 5.000 Unterschriften für den Erhalt gesammelt worden sein), auch wir hatten dagegen – wie man sieht, mit Erfolg - rasoniert (siehe dazu den Artikel in der Nummer 1 der SP). Nunmehr hat sich das Land Niederösterreich (gezwungenermaßen?) dazu entschlossen, die Verwaltung und den Betrieb der Lackenhofer Lifte gemeinsam mit den bereits durch das Land betriebenen Lifte am Hochkar zusammenzulegen. Angedacht ist der Betrieb in Lackenhof erst einmal für zwei Jahre. Wir meinen und hoffen, und da sind wir in einer starken Gemeinschaft mit den betroffenen Gemeinden, den Betrieben usw., dass es nicht bei den vorläufigen zwei Saisonen bleiben soll, sondern dass uns dieses wichtige Schigebiet auch in Zukunft erhalten bleibt. Wichtig wird dabei die Werbung sein, vor allem im Wiener Raum und im gesamten Niederösterreich. Besuchen wir deswegen recht zahlreich Lackenhof im Winter und genießen dort das Schifahren. Erste Bilder im Fernsehen haben gezeigt, dass das Interesse der Schifahrbegeisterten sehr groß ist - möge es so bleiben. Das auf rund 800 Meter Seehöhe gelegene Lackenhof ist ja als „Schneeloch“ landesweit bekannt.

Bezirksgruppe Wels

Im neuen Jahr 2022 wollen wir den im Jänner geborenen Landsleuten nachträglich recht herzlich zum **Geburtstag** gratulieren und wünschen auf diesem Weg alles Gute für das neue Lebensjahr. Es sind dies: Frau Waltraud Pils am 4. Jan., Frau Angela Anton am 14. Jan., Frau Herta Haunschmied am 23. Jan., Frau Hanna Hellebrand am 27. Jan., Herr Johann Schmotz am 27. Jan., und Frau Gertraud Schaner am 27. Jänner. Dieselben Wünsche entbieten wir auch den „Geburtstagskindern“ im Februar. Es sind dies am 7. Frau Elfriede Ruprecht und am 21. Feber Frau Hannelore Ecker.

Hoffentlich hatten alle einen guten Start ins Neue Jahr und sind von Corona verschont geblieben. Es ist zu wünschen, dass wir uns bald wieder ohne Einschränkungen bewegen können. Veranstaltungen waren ja kaum möglich. Aber eine Mitgliederhauptversammlung werden wir, zu passender Gelegenheit, wieder einmal abhalten müssen. Schriftliche Einladungen dazu kommen zeitgerecht.

Das **Büro** im Herminenhof ist jeden **1. und 3. Mittwoch** im Monat von 9-11 Uhr besetzt. In der Zwischenzeit Auskünfte bei Rainer Ruprecht (0699 1277 2050).

Rainer Ruprecht

Böhmerwaldbund Oberösterreich

Die Vereinsleitung des Böhmerwaldbundes Oberösterreich gratuliert zu den Geburtstagen im Monat Feber 2022:

Maria Hoffelner, 02.02., Ing. Hannes Königs-ecker, 05.02., Pauline Krenauer, 17.02., Kurt Feirer, 10.2., Margarte Posset, 27.02., Ernst Proksch, 16.2., Anton Füreder, 26.2., Edith Trüinkel, 17.2., Greisinger Bruni, 05.2., Heidemarie Pfleger, 25.2.

Vorschau: Die Coronazeit ist noch nicht vorbei und so sind wir gezwungen immer wieder die im Programm vorgesehenen Veranstaltungen kurzfristig abzusagen.

Anfragen bitte an das Büro des Böhmerwaldbundes unter der Tel. Nr. 0676 3733809 (Nur Montag von 9-11 Uhr)

Faschingskränzchen, Breitwieserhof, Freitag, 04.02.2022, 14:00 Uhr. Abgesagt – Corona!!
Böhmerwaldrunde, Breitwieserhof, Freitag, 11.03.2022, 14:00 Uhr. Wenn es Corona erlaubt!!

Helga Böhm (Vorsitzende)

Kaplitzrunde: Richtiges „Corona“-Verhalten, Mundschutz!

Jeden 1. Dienstag im Monat, 14:00 Uhr im, Kaffeecasino am Schillerpark, Straßenbahnhaltestelle Bürgerstraße.

Elfriede Weismann

Bezirksgruppe Enns-Neugablonz-Steyr

Folgende Mitglieder haben im Februar Geburtstag: HR Mag. Lieselotte Kolb am 27. 2., Helfried Ofner am 27. 2., Anna Schlögelhofer am 23. 2. Herzlichen Glückwunsch und alles, alles Gute! Vor allem Gesundheit und noch viel Freude mit der Familie und Freunden. Unsere Treffen im Cafe Hofer in Enns finden nur mit den geltenden Corona Bestimmungen statt. Wimmer jeden 2. Donnerstag um 15:00 Uhr. Das Märzgedenken 2022 findet so, wie es vor der Pandemie war, wieder nicht statt. Da müssen wir leider warten bis diese Pandemie vorbei ist. Bleibt bitte GESUND!

Ingrid Hennerbichler

Freistadt

Folgende Mitglieder feiern im Monat Februar ihren Geburtstag.

Herr OSR.Franz Tomschi, am 6. Februar Freistadt, Herr Johann Birkbauer, am 18. Februar Bad Leonfelden.

Wir gratulieren unseren Geburtstagskindern sehr herzlich und wünschen ihnen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Bis auf weiteres entfällt unser Stammtisch!!! Eine schöne Zeit und bleibt's gesund.

Gerhard Trummer

St. Pölten

Die Ortsgruppe SLÖ St. Pölten trifft sich am Freitag, 18.2.2022 zum Monatstreff im Gh Graf., Beginn 1430 Uhr. Hauptthema: Vorbereitung der Jahreshauptversammlung am 18.3.2022 und lustige Geschichten zum Thema Fasching.

Franz Wallner

Horn

Nach unserem gut besuchten Heimatabend am 22. Jänner mit einigen neuen Gästen und sehr lustigen Beiträgen der Landsleute, laden wir zur nächsten Veranstaltung ein: Samstag, 19. Februar, 16 Uhr, Stadtheuriger Horn (Extrazimmer).

Christian Stefanitsch

Bezirksgruppe Rohrbach-Haslach

Geburtstage

Maria Hofer (3.1.), Hermine Jauernig (26.1.), Ilse Höppe (26.1.), Josefine Zettler (11.2., 95 J.), Paula Reiter (26.2., 92 J.), Dr. Marianne Dünzendorfer (26.3.), Rudolf Igelsböck (5.4.). Wir gratulieren allen Geburtstagskindern sehr herzlich und wünschen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Zufriedenheit!

Dr. Fritz Bertlwieser

Suchmeldung

Wer kannte diese Person bzw. dessen Angehörige oder sonstige Details:

Hans Korsiska, geb. 20.02.1921 in Skrzeczon, das ist ein Stadtteil von Oderberg / Bohumin im Kreis Freistadt / Karvina-Fryštát, Mähren, Tschechien. Gestorben 26.12.1943. Er war Angehöriger des Jagdgeschwaders 108 – 2. Staffel. Seine (vorläufig) letzte Ruhestätte fand er auf dem Heimatfriedhof Oderberg-Stadt, Grab 160, Gruppe 5. Nach dem Krieg wurden die sterblichen Überreste auf dem Deutschen Soldatenfriedhof Wallachisch Messeritsch / Valašské Meziříčí, ČR überführt. Hier befindet sich die namentliche Nennung (Ehrung) von Hans Korsiska.

Zuschriften bitte an: Sudetendeutsche Landsmannschaft in OÖ, Peter Ludwig, Kreuzstraße 7, A-4020 Linz.

Kein öffentliches Märzgedenken in Wien

Jedes Jahr gedenken wir der **54 Opfer** des 4. März 1919 im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen. Heuer ist dies im „Haus der Heimat“ auf Grund der unsicheren Lage und der – obwohl sehr viele Landsleute geimpft sind – nach wie vor unser Leben bestimmenden Corona-Pandemie nicht möglich.

Nichtsdestotrotz sollte jeder von uns im Stillen an diese Massaker vor nunmehr **103 Jahren** gedenken. Zum Beispiel indem man daheim am 4. März **eine Kerze anzündet**, am Abend gut sichtbar ins Fenster stellt – vielleicht sogar den neugierigen Nachbarn erklären, warum man das tut- und somit der Ermordeten gedenkt und die **Ihnen gebührende Ehre** erweist.

Wir möchten hier daran erinnern, was am 4. März 1919 im Sudetenland geschah: In Wien tritt die provisorische Nationalversammlung von Deutsch-Österreich zusammen und den **gewählten Abgeordneten** der Sudetendeutschen wird von den tschechoslowakischen Behörden die Reise nach Wien verweigert. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten unter dem Vorsitz von **Josef Seliger** rufen für diesen Tag zum Generalstreik auf, alle anderen sdd. politischen Parteien schließen sich an, und insbesondere der Landeshauptmann von Deutsch-Böhmen, **Dr. Rudolf Lodg-**

man von Auen (*1877 Königgrätz – †1962 München), fordert die Landsleute zu friedlichen Demonstrationen für das **Selbstbestimmungsrecht** auf. In zahlreichen Städten – vom **Egerland**, über **Nordböhmen** bis **Schlesien/Nordmähren** und auch in den **südlichen Teilen** des Sudetenlandes – finden solche Demonstrationen statt. Alle verlaufen friedlich, ohne Aufruhr oder Waffengewalt. Die Teilnehmer kommen aus allen Schichten der Bevölkerung, von 10-jährigen Kindern bis hin zu über 85-Jährige nehmen daran teil. Zumeist sind es mehrere Tausende. In etlichen Städten wollen tschechische Soldaten (Soldateska) die Demonstranten auseinandertreiben und am Weitergehen hindern. Es fallen Schüsse, und insgesamt werden 54 unschuldige Bürger vom 12. bis zum 81. Lebensjahr erschossen und über **100 meist schwer verwundet**.

Diese **54 Landsleute** waren – nach dem Blutsonntag (eigentl. Montag) von Marburg an der Drau – Opfer, die für das Selbstbestimmungsrecht und vor allem für den **Verbleib bei Österreich** friedlich eintraten. Ihnen gilt unser Gedenken und unser tiefstes Mitgefühl – was auch das heutige Österreich jährlich tun sollte. Für diese unschuldigen Opfer sollten **viele Kerzen leuchten**, machen Sie bitte davon Gebrauch!

SUDETENDEUTSCHE REZEPTE

Egerländer Obstkuchen mit Streusel

Dieser Blechkuchen besteht aus vier Schichten: Teig, Topfenmasse, Obst und Streusel. Ein herrlich saftiger Kuchen!

Zutaten Teig: 150 g Butter, 150 g Zucker, 1 Vanillezucker, 3 Eier, 3 El. Rahm oder Milch 200 g Mehl, ½ Weinsteinbackpulver

Zubereitung Teig: Butter sehr schaumig rühren, Zucker und Eier zugeben und weiter schaumig rühren. Zuletzt den Rahm und das vermischte Mehl mit dem Backpulver dazugeben. (Teig muss vom Löffel schwer reißend sein.)

Topfenmasse: 250 g Topfen, 150 g Staubzucker, 1 Vanillezucker, 2 Dotter 60 g zerlassene Butter, 2 Eischnee, etwas Zimt

Zubereitung der Topfenmasse: Dotter, Zucker, Vanillezucker schaumig rühren, mit Topfen und zerlassener Butter und steifen Schnee vermengen.

Belag: 1 kg geraffelte Äpfel, Zwetschken oder Marillen

Streusel: 100 g Mehl, 50 g Butter, 30 g Zucker, etwas Zimt

Zubereitung Streusel:

In einem Topf die Butter erweichen und mit einer Gabel das Mehl so einrühren, dass sich Krümel bilden. Dann, den Topf vom Feuer nehmen und den Staubzucker mit Zimt ebenfalls mit der Gabel einrühren, wobei zu achten ist, dass die Masse krümelig bleibt.

Die Masse fingerdick auf ein befettetes Backpapier streichen, die Topfenmasse darüber geben, mit Obst belegen und Streusel darüber streuen. 45 Minuten bei mittlerer Hitze im Rohr backen.

Gutes Gelingen wünscht Ch. G. Spinka-Grech

Redaktionsschluss (RS) für die Folge 3 ist der 24. Feber 2022 um 12 Uhr Mittag. Erscheinungstermin (ET) ist am 10. März 2022. Wir bitten um Verständnis, wenn aus Platzgründen nicht alle Beiträge erscheinen konnten oder gekürzt werden mussten.

Artikel, die nach dem RS verschickt werden, können nur eingeschränkt berücksichtigt werden.

Bitte senden Sie alle Ihre Artikel, Berichte, Manuskripte und Anfragen AB SOFORT an: Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) „Haus der Heimat“, 1030 Wien, Steingasse 25/3, Telefon 01 / 718 59 19, Fax 01 / 718 59 23, E-mail-Adresse: sloe@chello.at

Folge 4: RS: 24. März 2022

ET: Donnerstag, 7. April 2022

BESTELLSCHEIN FÜR DIE

Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:

„Sudetenpost“, 1030 Wien, Steingasse 25/3.

Telefonische Bestellung: 0043(0)1/718 59 19.

E-Mail: sloe@chello.at

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Plz: Ort: Telefon: _____

Die Zeitung erscheint einmal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 35,- inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 41,- ; Übersee € 67,-.

Bankkonto: Sparkasse OÖ, IBAN AT53 2032 0321 0024 0757, BIC ASPKAT2LXXX.

Für die Bezieher aus Deutschland: VR-Bank Passau eG, IBAN: DE43 7409 0000 0000 0898 69, BIC: GENODEF1PA1.

Kündigungsfristen per Jahresende, vom 1. Sept. bis 30. Nov., da es sich bei der Sudetenpost jeweils um ein Jahres-Abo handelt, welches sonst weiterläuft. Mit Ihrer Bestellung stimmen Sie laut DSGVO zu, dass Ihre Daten ausschließlich zum Versand der Sudetenpost verwendet werden dürfen.

Sudetendeutsches Erbe



Ihnen zur Ehre

Ihren Lieben zum Gedenken

den Sudetendeutschen eine Zukunft!

Die SLÖ bietet Ihnen in allen Fragen von Legaten und Erbschaften zugunsten der Sudetendeutschen individuelle Beratung durch einen Fachmann!

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

A-1030 Wien, Steingasse 25/3

Telefon: 0043 1 718 59 19, Fax 0043 1 718 59 23

E-Mail: office@sudeten.at

Internet: www.sudeten.at

Sudetenpost

IMPRESSUM

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, 4210 Gallneukirchen, Narzissenweg 5, www.sudetenpost.com, ZVR-Zahl:493880643

Obmann/Redaktion: Gerhard Zeihsel, 1030 Wien, Steing. 25/3, Ruf: 0043(0)1/718 59 19, Fax: 0043(0)1/718 59 23,

E-Mail: sloe@chello.at, Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29.

Die Zeitung erscheint einmal im Monat.

Jahresbezugspreis: Inland € 35,00, inkl. 10 % Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 41,00, Übersee: € 67,00. Einzelpreis: € 3.

Bankkonto: Sparkasse OÖ:

IBAN: AT53 2032 0321 0024 0757, BIC ASPKAT2LXXX

Für die Bezieher aus Deutschland: VR-Bank Passau eG

IBAN: DE43 7409 0000 0000 0898 69, BIC GENODEF1PA1.

Postanschrift und Anzeigenannahme: Steingasse 25/3, 1030 Wien

Kündigungsfristen per Jahresende, vom 1. Sept. bis 30. Nov., da es sich bei der Sudetenpost jeweils um ein Jahres-Abo handelt, welches sonst weiterläuft.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „Sudetenpost“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf eine Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.